

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2000

Januar
Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

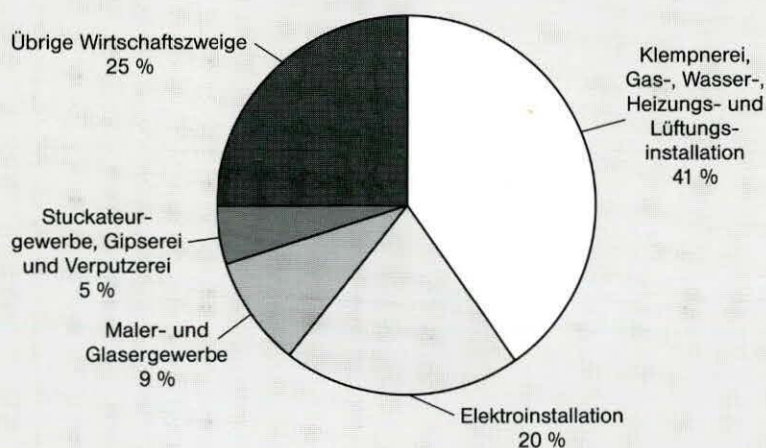
September

Oktober

November

Dezember

Umsatz im Ausbaugewerbe 1998 nach Wirtschaftszweigen



Inhalt

Dienstleistungsstatistik soll Datenlücke schließen	133	Die seit langem schon geforderte gesetzliche Grundlage für eine Dienstleistungsstatistik wurde im Juni dieses Jahres in den Bundesratsausschüssen beraten. Der Entwurf des künftigen Dienstleistungsstatistikgesetzes berücksichtigt neben den EU-Lieferverpflichtungen auch die Belange der Bundesländer .
Struktur und Entwicklung im Ausbaugewerbe	137	Zum 1. Januar 1996 wurden die Erhebungen im Baugewerbe auf die neue EU-einheitliche Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) umgestellt. Damit kann jetzt auch die Entwicklung des Ausbaugewerbes dargestellt werden. Im Jahr 1999 stieg hier die Produktivität um 4,4%.
Wohnsituation von Haushalten mit Kindern – Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 –	144	Knapp 55% der Haushalte mit Kindern wohnen im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung, und zwar ganz überwiegend in einem Einfamilienhaus. Wegen des größeren Wohnraumbedarfs zahlten Mieterhaushalte mit Kindern 29% mehr an monatlicher Miete als kinderlose Haushalte.
Kurzbeiträge	150	Erwerbsverhalten, Haushalts- und Familienstrukturen – Ergebnisse des Mikrozensus 1999 –
Anhang	49*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	55*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Bundesausschüsse berieten Gesetzentwurf für Erhebung im Dienstleistungsbereich

Dienstleistungen besitzen heute für die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft eine überragende Bedeutung. So wurden 1998 rund 63% der Bruttowertschöpfung, nämlich insgesamt 97,3 Mrd. DM, im Dienstleistungsbereich erbracht.

Der Gesetzentwurf für eine lang geforderte Dienstleistungstatistik, der sich zunächst auf unternehmensorientierte Dienstleistungen konzentriert, ist am 3. Mai 2000 vom Bundeskabinett beschlossen worden. Im Juni wurde er in den entsprechenden Bundesausschüssen beraten.

Das Gesetz sieht eine jährliche Stichprobenerhebung mit Auskunftspflicht bei höchstens 20% der Erhebungseinheiten vor, die auch auf der Ebene der Bundesländer verlässliche Ergebnisse gewährleisten kann. Das derzeitige Konzept berücksichtigt ebenso konkrete Lieferverpflichtungen der Mitgliedstaaten an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Neben Angaben zur allgemeinen Kennzeichnung des Unternehmens bzw. der Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit (Rechtsform, wirtschaftlicher Schwerpunkt, Zahl der Niederlassungen) sollen die befragten Einheiten vor allem Angaben zur Zahl der tätigen Personen, zu Löhnen und Gehältern, Umsätzen, Aufwendungen und Investitionen machen. In den Erhebungsvordrucken werden die Angaben bereichsspezifisch so definiert und abgegrenzt, dass sie grundsätzlich ohne erheblichen zusätzlichen Aufwand aus den handels-, steuer- oder sozialversicherungsrechtlich vorgeschriebenen Geschäftsaufzeichnungen entnommen werden können. kl

Mehr zu diesem Thema auf Seite 133.

Zwei Drittel der Betriebe im Ausbaugewerbe haben weniger als 20 Beschäftigte

Im Juni 1999 gab es im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) 1 052 Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten. Die Zahl der Beschäftigten in diesen Betrieben belief sich auf 23 736. Der Umsatz betrug im Jahr 1998 insgesamt 3,7 Mrd. DM.

Der überwiegende Teil der Betriebe war im Wirtschaftszweig „Bauinstallation“ tätig. Am Gesamtumsatz des Ausbaugewerbes 1998 war er mit 71% beteiligt. Mit

1,5 Mrd. DM trug der Bereich „Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation“ am stärksten zum Umsatz des Ausbaugewerbes bei. Mit 362 Einheiten konnte dieser Bereich nicht nur die meisten Betriebe verzeichnen, er beschäftigte mit 8 837 Personen auch mehr als ein Drittel der Arbeitskräfte des Ausbaugewerbes insgesamt. Nach wie vor dominieren im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe die Kleinbetriebe. So entfielen am 30. Juni 1999 allein fast zwei Drittel aller Betriebe des Ausbaugewerbes auf die Größenklasse mit 10 bis 19 Beschäftigten.

Die 389 Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten, 24 Betriebe (+6,6%) mehr als 1998, die zur vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe berichtspflichtig sind, beschäftigten 1999 im Vierteljahresdurchschnitt 14 652 Personen. Dies waren 370 Beschäftigte (+2,6%) mehr als 1998. Die Entwicklung des Umsatzes verlief in den einzelnen Wirtschaftszweigen zwar uneinheitlich, insgesamt aber lagen die Umsätze des Ausbaugewerbes 1999 mit 2,4 Mrd. DM um 162 Mill. DM (+7,1%) über dem Wert des Vorjahres. lüb

Mehr über dieses Thema auf Seite 137.

Mehr als die Hälfte der Haushalte mit Kindern im eigenen Heim

Nach den Ergebnissen der Mikrozensus-Zusatzerhebung vom April 1998 können die rheinland-pfälzischen Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren im Allgemeinen nicht über ihre Wohnungsversorgung klagen. 55% der Haushalte mit Kindern wohnen im eigenen Heim, und zwar ganz überwiegend in einem Einfamilienhaus. Schon seit jeher verfügen die Wohnungen in Rheinland-Pfalz über eine große Quadratmeterzahl. Im Eigenheim wohnenden Haushalten mit Kindern stehen im Mittel 135 m² zur Verfügung, den in Mietwohnungen lebenden Haushalten 90 m². Im Durchschnitt aller Haushalte mit Kindern liegt Rheinland-Pfalz mit 115,1 m² Wohnfläche je Wohnung unter allen Bundesländern an erster Stelle.

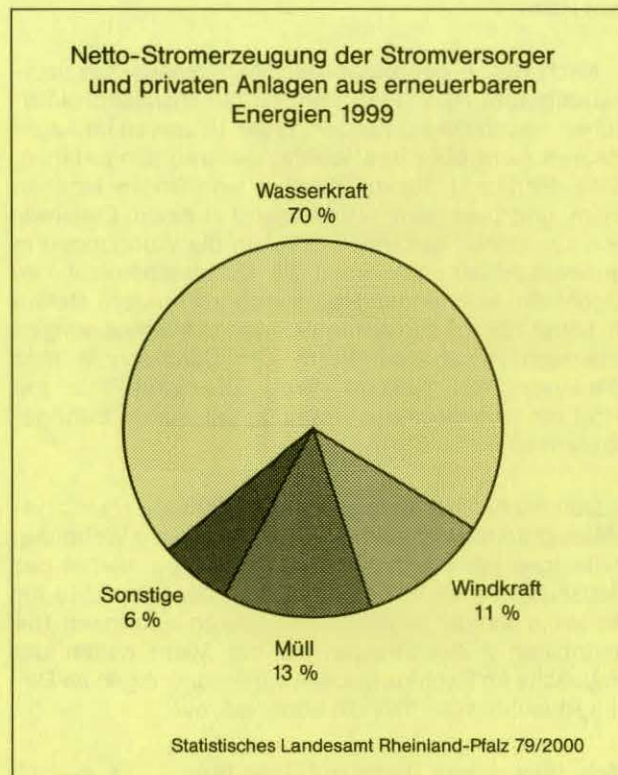
Durchschnittlich zahlten im April 1998 alle rheinland-pfälzischen Mieterhaushalte 766 DM für ihre Wohnung, diejenigen mit Kindern 914 DM. Rund ein Viertel der Haushaltsnettoeinkommen mussten die Haushalte für die Miete und die „kalten“ Nebenkosten aufbringen. Die geringsten Aufwendungen für die Miete hatten die Haushalte im Regierungsbezirk Trier, diejenigen im Bezirk Rheinhessen-Pfalz die höchsten. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 144.

Wasserkraft wichtigste Energiequelle bei der Ökostrom-Erzeugung

Der Beitrag der erneuerbaren Energien zur Stromerzeugung ist in den vergangenen Jahren ständig gewachsen. Insgesamt wurden 1999 über 1,35 Mrd. kWh Strom aus erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz erzeugt und in das allgemeine Versorgungsnetz eingespeist. Das bedeutet eine Zunahme von 4,2% gegenüber 1998. Der Anteil der Ökostrom-Erzeugung am gesamten Stromverbrauch in Rheinland-Pfalz lag bei 5,2% (1998: 5,1%).

Wichtigste Energiequelle war auch 1999 die Wasserkraft. Die Stromversorger sowie private Anlagen erzeugten daraus 947 Mill. kWh Strom. Das entspricht einem Anteil an den erneuerbaren Energien von 70%. Auf dem zweiten Rang lag Müll mit 177 Mill. kWh (13%), gefolgt von der Windkraft an dritter Stelle mit 149 Mill. kWh (11,1%). Sowohl der Müll als auch die Windkraft verzeichneten ein deutliches Plus von jeweils über 47% gegenüber dem Vorjahr, wobei der Zuwachs bei der Windkraft durch einen stetigen Zubau von Kraftwerksleistung in den vergangenen Jahren hervorgerufen wurde. Die übrigen Energien, darunter Photovoltaik, Klärgas, Biogas, feste Biomasse und Deponiegas, brachten es auf 79 Mill. kWh Strom.



Fremdenverkehr weiterhin im Aufwärtstrend

In den rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetrieben wurden im ersten Quartal des Jahres 2000 mehr als 1 Mill. Gäste und über 3 Mill. Übernachtungen gezählt. Das entspricht einer Zunahme von 8 bzw. 4,8% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die positive Entwicklung im Fremdenverkehrsjahr 1999 setzte sich damit ungebrochen fort.

Beliebteste Reiseziele waren die malerischen Orte in der Region Eifel/Ahr. Hier wurden fast 670 000 Übernachtungen (+6,8%) gezählt. Die Zahl der Gäste betrug 196 000. Dies entspricht einer Zunahme von 11%. Die Pfalz wurde von 232 000 Gästen (+3%) besucht. Das Übernachtungsvolumen war mit 607 000 (+0,3%) gegenüber dem ersten Quartal 1999 nahezu unverändert. Über zweistellige Zuwachsraten sowohl bei den Gästen (165 000; +25%) als auch bei den Übernachtungen (548 000; +18%) freuten sich die Gastronomen in der Weinregion an Mosel und Saar. In Rheinhessen stieg das Gästeaufkommen um 6,6% auf 143 000. Die Übernachtungen konnten um mehr als 11% auf 256 000 ausgeweitet werden.

In den übrigen rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebieten waren die Übernachtungszahlen allerdings rückläufig. Während in der Region Hunsrück/Nahe/Glan kaum weniger Übernachtungen als im ersten Quartal 1999 gezählt wurden, war in der Region Westerwald/Lahn/Taunus ein Übernachtungsrückgang um 2,6% und im Rheintal um 1,7% zu registrieren. el

Zusätzliche Wohnungen durch Truppenabzug

Durch den Truppenabzug alliierter Streitkräfte stehen in Rheinland-Pfalz zusätzlich 4 877 Wohnungen in 450 Wohngebäuden zur Verfügung. Die zwischen den Jahren 1992 und 1999 frei gewordenen Wohnungen liegen in 15 Gemeinden, darunter in acht kreisfreien Städten des südlichen Landesteils. Dort konnten in den letzten Jahren 3 555 Wohnungen in 323 Gebäuden neu genutzt werden.

Nahezu alle Wohnungen lagen in Mehrfamilienhäusern, die im Durchschnitt je zwölf Wohnungen aufwiesen. Durch die Freigabe der Wohnungen erhöhte sich der Wohnungsbestand in den Städten Zweibrücken und Mainz um 893 bzw. 837 Einheiten; in der mit rund 1 800 Einwohnern relativ kleinen Gemeinde Büchenbeuren im Rhein-Hunsrück-Kreis wuchs der Wohnungsbestand um 680 Einheiten. Die meisten Wohnungen wurden den deutschen Behörden in den Jahren 1996 und 1997 (842 bzw. 838) übergeben; 1999 waren es nur noch 401 Wohnungen. hw

Dienstleistungsstatistik soll Datenlücke schließen

Vielfach wird die Entwicklung der westlichen Industrieländer hin zu Dienstleistungs- und Informationsgesellschaften mit dem Entstehen der Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert verglichen. Der Wandel, sicherlich stark begünstigt durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, ist in der Tat tiefgreifend und nachhaltig. Einerseits führen rechtliche Ausgliederungen von Dienstleistungen aus Unternehmen (so genanntes Outsourcing) zu einer Zunahme des Dienstleistungsbereichs, andererseits war in einzelnen europäischen Ländern wie auch in den östlichen Bundesländern zumindest phasenweise eine Schrumpfung der traditionellen industriellen Basis zu beobachten. Dienstleistungen besitzen heute für die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft eine überragende Bedeutung. So wurden 1998 rund 63% der Bruttowertschöpfung, nämlich insgesamt 97,3 Mrd. DM, im Dienstleistungsbereich (Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, sonstige Dienstleistungsunternehmen, Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck) erbracht.

Was sind Dienstleistungen?

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit gewinnen Dienstleistungen auch in der wirtschaftspolitischen Diskussion immer mehr an Beachtung, da ihnen ein großes Potenzial zur Erhöhung der Wachstumsdynamik und damit der Beschäftigung beigemessen wird. In vielen Branchen herrscht eine relativ arbeitsintensive Produktionsweise vor. Damit kommt den Produzenten dieser Dienstleistungen mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die Beschäftigung und das Wachstum einer Volkswirtschaft eine höhere Bedeutung zu als noch vor Jahren. Sofern das Nationaleinkommen in der Zukunft verlässlich nachgewiesen werden soll, muss der sich vollziehende wirtschaftliche Strukturwandel im statistischen Gesamtbild zuverlässig erfasst werden.

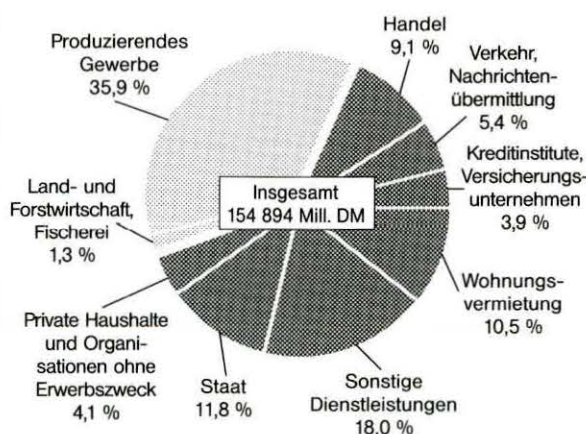
Vor allem die von Unternehmen nachgefragten Dienstleistungen gewinnen ständig an Bedeutung. Als Kriterium für die Abgrenzung der „unternehmensorientierten“ von den „konsumnahen“ Dienstleistungen kann ein nachfrageorientierter Ansatz gewählt werden. Dienstleistungen, die demnach primär den privaten Verbraucher als Zielgruppe haben, werden als konsumnah bezeichnet. Hierunter fallen etwa der kulturelle Bereich, das Gesundheitswesen, der Einzelhandel, das Gastgewerbe sowie andere persönliche Dienstleistungen

(Frisöre, Kosmetiksalons, Wäschereien, Reinigungen etc.). Geht die Nachfrage hingegen von Unternehmen oder vom öffentlichen Sektor aus, gelten die Dienstleistungen als unternehmensorientiert. Hierzu gehören zum Beispiel die Leistungen von Unternehmens- und Rechtsberatungen, Zeitarbeitsfirmen, Markt- und Meinungsforschungsinstituten oder Werbeagenturen. Während die Ausrichtung auf den jeweiligen Kundenkreis bei den genannten Beispielen relativ eindeutig ist, gibt es gleichwohl Dienstleistungsbereiche, deren Kundenorientierung nicht eindeutig bestimmt werden kann. Wirtschaftszweigsystematisch ist die Unterscheidung in unternehmensorientierte Dienstleistungen zum einen und konsumnahe Dienstleistungen zum anderen allerdings nicht verankert.

Piloterhebungen waren Wegbereiter

Bereits 1986 hatte die Konferenz der Wirtschaftsminister der Länder den Bundesminister für Wirtschaft aufgefordert, unter Vorschaltung des Bund-Länder-Ausschusses „Statistik“ und im Benehmen mit dem Statistischen Bundesamt Lösungsvorschläge zu einer

Bruttowertschöpfung 1998 nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



¹⁾ Die Untergliederung entspricht der Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 77/2000

besseren Darstellung der Dienstleistungen in der amtlichen Statistik aufzuzeigen. Die anschließende „Dienstleistungsteststichprobe“ hatte vor allem das Ziel, eine Dienstleistungsstatistik auf einzelgesetzlicher Grundlage vorzubereiten. Rechtsgrundlage für diese Testerhebung war § 7 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes.

Da die Dienstleistungsstatistik auch in anderen EU-Staaten je nach Land und Dienstleistungsbereich einen sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand hatte, wurde seit Anfang der 90er Jahre auch auf EU-Ebene verstärkt am systematischen Ausbau der bestehenden Statistiken zu einem Berichtssystem über Dienstleistungen gearbeitet. So wurde 1991 und 1992 in Deutschland und anderen EU-Staaten eine im Rahmen des Arbeitsprogramms der EG-Kommission geplante Pilotbefragung durchgeführt, die in Deutschland in Zusammenarbeit zwischen den statistischen Ämtern der Länder und des Bundes in Form einer repräsentativen Stichprobe auf freiwilliger Basis vorgenommen wurde. Sie konzentrierte sich auf den so genannten ICOBS-Bereich¹⁾. Aus dieser Studie resultierte 1992 der im Bundesministerium für Wirtschaft erarbeitete Entwurf eines Dienstleistungsstatistikgesetzes, der seinerzeit sehr intensiv beraten wurde. Er sollte noch in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1990 bis 1994) – konkret war das Jahr 1993 vorgesehen – als Grundlage für eine bundesstatistische Erhebung verabschiedet werden.

Die Ergebnisse der Piloterhebung hatten eindrucksvoll gezeigt, dass bei freiwilliger Auskunftserteilung der notwendige vorzuziehende Stichprobenumfang kaum zu erreichen ist, obwohl rund viermal so viele Unternehmen, wie eigentlich für eine Stichprobenerhebung erforderlich waren, angeschrieben und um ihre Teilnahme gebeten wurden. Während die Antwortbereitschaft mit der Größe der Unternehmen stieg, war die Antwortbereitschaft in den verschiedenen Dienstleistungsberei-

chen und innerhalb dieser Bereiche wiederum in den einzelnen Wirtschaftszweigen sehr unterschiedlich. Die Ausfälle waren somit nicht rein zufällig; die realisierte Stichprobe wies vielmehr deutliche Verzerrungen insbesondere für tiefer gegliederte Verteilungen und seltener Teilpopulationen auf. Beim Verzicht auf die Auskunftspflicht sind somit unkontrollierbare Verzerrungen der Ergebnisse zu erwarten. Aufgrund der Erfahrungen, die aus der Pilotstudie resultierten, sah der erwähnte Entwurf für ein Dienstleistungsstatistikgesetz vor, die Auskunftspflicht gesetzlich zu verankern.

Politischer Druck für eine Gesetzesgrundlage nahm zu

Die Konferenz der Wirtschaftsminister der Länder vertrat 1994 die Auffassung, dass angesichts der zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungssektors eine Verbesserung der statistischen Informationsbasis als Grundlage wirtschaftspolitischer Entscheidungen dringend erforderlich sei. Sie maß daher der Schaffung einer Rechtsgrundlage hohe Priorität zu und forderte die Bundesregierung auf, die Arbeiten am Entwurf eines Dienstleistungsstatistikgesetzes entschieden voranzutreiben.

Dass weder in der vorletzten noch in der letzten Legislaturperiode ein Gesetz verabschiedet wurde, muss unter anderem vor dem Hintergrund nachhaltiger finanzieller Engpässe des Bundes und der Länder gesehen werden; hinzu kam der Wille, die Wirtschaft nicht noch stärker mit statistischen Befragungen zu konfrontieren. In diesem Zusammenhang steht die 1997 auf politischer Ebene getroffene Entscheidung, die Dienstleistungsstatistik nicht mit Auskunftspflicht, sondern mit Freiwilligkeit der Auskunftserteilung durchzuführen. Die statistischen Ämter der Länder und des Bundes hatten sich nicht zuletzt aus den bereits genannten fachlichen Gründen ganz überwiegend gegen diesen Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik (Stand: 2. Januar 1997) ausgesprochen.

1) ICOBS = Information, communication and other business services.

Umsatzsteuerpflichtige und deren steuerbarer Umsatz für Lieferungen und Leistungen nach Wirtschaftsabschnitten 1998

Wirtschaftsabschnitt ¹⁾	Steuerpflichtige ²⁾	Steuerbarer Umsatz für Lieferungen und Leistungen
	Anzahl	1 000 DM
A Land- und Forstwirtschaft	9 778	2 452 215
B Fischerei und Fischzucht	13	2 141
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	197	1 591 012
D Verarbeitendes Gewerbe	17 999	118 544 753
E Energie- und Wasserversorgung	389	6 774 540
F Baugewerbe	15 354	18 666 937
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	36 280	82 849 301
H Gastgewerbe	16 350	4 848 765
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6 251	6 978 072
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	690	2 480 627
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	33 106	16 298 628
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	16	218 110
M Erziehung und Unterricht	1 173	320 797
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1 198	3 506 577
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	9 121	5 680 191
A-O Insgesamt	147 915	271 212 664

1) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993. – 2) Unternehmen mit steuerbaren Umsätzen ab 32 500 DM.

EU-Datenanforderungen treten neben Landes- und Bundesinteressen

In der jetzt laufenden Legislaturperiode ergriff aufgrund geänderter Zuständigkeiten das Bundesministerium der Finanzen (zuvor lag die Zuständigkeit beim Bundesministerium für Wirtschaft) die Initiative, den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik voran zu bringen. Nachdem das Statistische Bundesamt zwischenzeitlich Anfang 1999 eine 5%-Stichprobe präferierte, die lediglich auf Bundesebene zu brauchbaren Ergebnissen geführt hätte, wurde in den folgenden Gesetzentwürfen, die seither erörtert werden, eine Reihe von früheren Erkenntnissen konsequent umgesetzt. Insbesondere die Leiter der statistischen Ämter der Länder hatten sich nachdrücklich gegen eine 5%-Stichprobe ausgesprochen.

Eine grundsätzliche Abstimmung zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im vierten Quartal 1999 zum damaligen Entwurf des Dienstleistungsstatistikgesetzes (Stand: 27. August 1999) führte schließlich zu dem Ergebnis, dass eine jährliche Erhebung als Stichprobe bei höchstens 20% der Erhebungseinheiten und mit Auskunftspflicht vorgesehen werden soll. Wesentlich ist hierbei auch, dass eine Stichprobe von bundesdurchschnittlich ca. 20% für verlässliche Ergebnisse auf der Ebene der Bundesländer Gewähr bieten kann. Keines der früheren Konzepte zur Vorbereitung einer amtlichen Dienstleistungsstatistik wurde in der Folge so weit konkretisiert wie der vorliegende Entwurf.

Das derzeitige Konzept berücksichtigt auch die Lieferverpflichtungen der Mitgliedstaaten an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat), die aus der Verordnung des Rates Nr. 58/97 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Struktur-VO) resultieren, sowie europäische Anforderungen auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die sich aus der Verordnung des Rates Nr. 2223/96 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG-VO) ergeben und den Weg für eine Erhebung im Dienstleistungsbereich vorgeben. Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind in den vorgenannten Verordnungen verbindliche Liefermerkmale, Gliederungsvorschriften und Liefertermine festgelegt. Nach dem Ablauf von Übergangsfristen müssen gemäß der Strukturverordnung vollständige und verlässliche Daten ab dem Berichtsjahr 1999 innerhalb von 18 Monaten geliefert werden. Damit stehen die Interessen der Europäischen Union hinter den nationalen Interessen an einer amtlichen Dienstleistungsstatistik nicht zurück. Aus nationaler Sicht soll sie den Bedürfnissen der maßgebenden Konsumenten nicht nur im Bund, sondern auch in den Ländern mit Blick auf die Regional-, Mittelstands-, Forschungs- und Technologie- sowie Arbeitsmarktpolitik genügen und muss explizit auch für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder von Nutzen sein.

Der aktuelle Entwurf, der jährliche Erhebungen von Strukturdaten bei Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit, die typischerweise unternehmensorientierte Dienstleistungen anbieten, vorschreibt, schließt nach einhelliger Meinung gravierende statistische Datenlücken. Hierbei will sich die

Erhebungsbereich für eine jährliche Dienstleistungsstatistik

Abschnitte I und K der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)

Abschnitt I

Verkehr und Nachrichtenübermittlung

60 Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen

- 60.1 Eisenbahnen
- 60.2 Sonstiger Landverkehr (Personen- und Güterbeförderung)
- 60.3 Transport in Rohrfernleitungen

61 Schifffahrt

- 61.1 See- und Küstenschifffahrt
- 61.2 Binnenschifffahrt

62 Luftfahrt

- 62.1 Linienflugverkehr
- 62.2 Gelegenheitsflugverkehr
- 62.3 Raumtransport

63 Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung

- 63.1 Frachtschlag und Lagerei
- 63.2 Sonstige Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr
- 63.3 Reisebüros und Reiseveranstalter
- 63.4 Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung

64 Nachrichtenübermittlung

- 64.1 Postdienste und private Kurierdienste
- 64.2 Fernmeldedienste

Abschnitt K

Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

70 Grundstücks- und Wohnungswesen

- 70.1 Erschließung, Kauf und Verkauf von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen
- 70.2 Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen
- 70.3 Vermittlung und Verwaltung von Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen

71 Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal

- 71.1 Vermietung von Kraftwagen bis 3,5 t Gesamtgewicht
- 71.2 Vermietung von sonstigen Verkehrsmitteln
- 71.3 Vermietung von Maschinen und Geräten
- 71.4 Vermietung von Gebrauchsgütern (anderweitig nicht genannt)

72 Datenverarbeitung und Datenbanken

- 72.1 Hardwareberatung
- 72.2 Softwarehäuser
- 72.3 Datenverarbeitungsdienste
- 72.4 Datenbanken
- 72.5 Instandhaltung und Reparatur von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
- 72.6 Sonstige mit der Datenverarbeitung verbundene Tätigkeiten

73 Forschung und Entwicklung

- 73.1 Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin
- 73.2 Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften

74 Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

- 74.1 Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften
- 74.2 Architektur- und Ingenieurbüros
- 74.3 Technische, physikalische und chemische Untersuchung
- 74.4 Werbung
- 74.5 Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
- 74.6 Detekteien und Schutzdienste
- 74.7 Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln
- 74.8 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

amtliche Statistik zunächst auf die Abschnitte I und K der deutschen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) konzentrieren, die auf der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1) aufbaut. Der Erhebungsbereich ist in der vorstehenden Übersicht dargestellt.

Einsparungen an anderer Stelle kompensieren zum Teil den Aufwand für eine Dienstleistungsstatistik

Die neue Dienstleistungsstatistik ist als konsistentes Gesamtkonzept anzusehen, sodass auf Spezialerhebungen, wie sie in der vierjährigen detaillierten Kostenstrukturstatistik angeordnet sind, verzichtet werden kann. Die vorgesehene Streichung dieser Erhebung dient der Vermeidung von Doppelbefragungen und trägt zur Einsparung von Kosten und zur Entlastung der Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten bei. Zudem wird die Verordnungsermächtigung zur Anordnung von Zählungen im handwerksähnlichen Gewerbe gestrichen, um weitere Einsparungen und Entlastungen als Kompensation zu der neuen Dienstleistungsstatistik zu erzielen.

Neben Angaben zur allgemeinen Kennzeichnung des Unternehmens bzw. der Einrichtung zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit (Rechtsform, wirtschaftlicher Schwerpunkt, Zahl der Niederlassungen) sollen die befragten Einheiten vor allem Angaben zur Zahl der tätigen Personen, zu Löhnen und Gehältern, Umsätzen, Aufwendungen und Investitionen machen. Die einzelnen Erhebungsmerkmale berücksichtigen die Anforderungen der Europäischen Union und stellen einen Satz von ökonomischen Kerndaten dar, der auch in anderen Wirtschaftsstatistiken erhoben wird und intersektorale Vergleiche ermöglicht. In den Erhebungsvordrucken werden die Angaben bereichsspezifisch so definiert und abgegrenzt, dass sie grundsätzlich ohne erheblichen zusätzlichen Aufwand aus den handels-, steuer- oder sozialversicherungsrechtlich vorgeschriebenen Geschäftsaufzeichnungen entnommen werden können.

Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz oder Einnahmen von weniger als 250 000 Euro werden mit einem deutlich reduzierten Erhebungsprogramm befragt und somit von detaillierten Angaben und Berichtspflichten befreit. Alle Stichprobenunternehmen werden ferner im Rahmen eines Rotationsverfahrens regelmäßig ausgetauscht, so weit es aus methodischen Gründen möglich ist. Dadurch wird auf mittlere Sicht eine Gleich-

behandlung aller Unternehmen der in die Erhebung einbezogenen Wirtschaftszweige angestrebt und die Belastung auf das absolut Notwendige begrenzt.

Nach den bisherigen Fehlerabschätzungen würden bundesweit bei einem Auswahlatz von rund 20% etwa 134 000 Unternehmen – auf Rheinland-Pfalz entfielen dann ca. 6 800 Einheiten – einmal jährlich befragt werden. Selbst bei einem bundesdurchschnittlichen Auswahlatz von rund 15% sollte für kleine und mittelgroße Bundesländer ein Satz von ca. 20% oder sogar etwas darüber angestrebt werden, damit verlässliche Daten ermittelt werden können. Wegen der sich rasch wandelnden Strukturen in den Erhebungsbereichen ist die Festlegung eines relativen Auswahlatzes einem absoluten Stichprobenumfang ohnehin vorzuziehen. Der Auswahlatz wird innerhalb der insgesamt ca. 150 darzustellenden Dienstleistungszweige zudem unterschiedlich hoch sein. Je stärker ein Dienstleistungszweig besetzt ist und je homogener die einem solchen Dienstleistungszweig zugehörigen Einheiten sind, desto kleiner kann der Auswahlatz zur Erreichung einer gewünschten Ergebnissenauigkeit sein und umgekehrt.

Ausblick

Die Anhörung der Verbände und Kammern zum aktuellen Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Dienstleistungsstatistik und zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Stand: 5. April 2000) sowie zum Grundfragebogen und den dazu notwendigen Erläuterungen konnte im Mai 2000 abgeschlossen werden. Der Gesetzentwurf ist am 3. Mai 2000 vom Bundeskabinett beschlossen worden. Nachdem der Gesetzentwurf bereits im Juni in den entsprechenden Bundratsausschüssen beraten wurde, kann sich das Plenum des Bundesrates noch vor der Sommerpause damit befassen. Wenn der Entwurf Bundestag und Bundesrat bis zum frühen Herbst passieren würde, wäre die Verabschiedung zum Jahresende 2000 realistisch. Das Gesetz könnte dann zeitgerecht am 1. Januar 2001 in Kraft treten. Stichprobenziehung und Erhebung könnten im Jahr 2001 stattfinden. Noch 2001 wäre eine erste Datenlieferung mit vorläufigen Angaben an die Europäische Union denkbar. Mit endgültigen und fachlich differenzierten Ergebnissen für die Länder und den Bund könnte bis etwa Mitte 2002 gerechnet werden.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Struktur und Entwicklung im Ausbaugewerbe

Seit Januar 1996 werden die Erhebungen im Baugewerbe nach der neuen „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ durchgeführt, womit die bisherige „Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im produzierenden Gewerbe (SYPRO)“ abgelöst wurde. Die WZ 93 entspricht in ihren ersten vier Stellen der für alle Länder der Europäischen Union verbindlichen Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 1, sodass nunmehr die statistischen Ergebnisse innerhalb der Europäischen Union vergleichbar sind. Die strukturellen Veränderungen zwischen der alten und der neuen Klassifikation sind jedoch so gravierend, dass ein Vergleich mit den bis 1995 veröffentlichten Ergebnissen ausgeschlossen ist. Da die Daten aus dem Jahr 1995 für das hier dargestellte Ausbaugewerbe nicht – wie dies beim Bauhauptgewerbe geschehen ist – sowohl nach der SYPRO als auch nach der WZ 93 aufbereitet worden sind, kann die Entwicklung des Ausbaugewerbes nur für den Zeitraum von 1996 bis 1999 analysiert werden.

Gravierende strukturelle Veränderungen durch Systematikwechsel

Obwohl die neue Wirtschaftszweigsystematik die Begriffe „Bauhauptgewerbe“ und „Ausbaugewerbe“ nicht kennt, finden sie als gängige und allgemein verständliche Bezeichnungen für die Darstellung der Ergebnisse der baustatistischen Erhebungen ab dem Berichtsjahr 1996 weiterhin Verwendung. Hierbei werden die so genannten Wirtschaftsgruppen „Vorbereitende Baustellenarbeiten (45.1)“ und „Hoch- und Tiefbau (45.2)“ mit dem Bauhauptgewerbe sowie die Wirtschaftsgruppen „Bauinstallation (45.3)“, „Sonstiges Baugewerbe (45.4)“ und „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal (45.5)“ mit dem Ausbaugewerbe gleichgesetzt. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Inhalte der für Veröffentlichungen beibehaltenen Bezeichnungen mit dem Systematikwechsel stark verändert haben.

Die Gegenüberstellung der Wirtschaftszweigsystematiken WZ 93 und SYPRO gibt eine ungefähre Vorstellung von dem Ausmaß der durch den Systematikwechsel verursachten strukturellen Veränderungen. Während unter anderem der Bereich „Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe, Erdbewegungsarbeiten und Tiefbohrung“ schon bisher zum Bauhauptgewerbe gezählt hat, sind die Fassadenreinigung, die Abdämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung, das Stuckateurgewerbe, die Gipserei und die Verputzerei zum Ausbaugewerbe umgesetzt worden. Die Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal ist dagegen aus dem Dienstleistungssektor neu zum Ausbaugewerbe hinzugekommen. Ferner hatten ein Teil des Fertigteilbaus vom Bauhauptgewerbe zum verarbeitenden Gewerbe und die Bodensanierung zu den Dienstleistungen gewechselt. Die bisher dem Ausbaugewerbe zugeordnete Autoglaserei gehört jetzt zum Bereich „Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen“. Schließlich sind die Montage von nachrichtentechnischen Erzeugnissen und die textile Raumausstattung aus dem verarbeitenden Gewerbe zum Ausbaugewerbe gekommen.

Für die Darstellung der Struktur des Ausbaugewerbes im Jahr 1999 werden im Folgenden die Ergebnisse der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten herangezogen. Der zweite Teil, der sich mit der konjunkturellen Entwicklung des Ausbaugewerbes befasst, stützt sich auf die Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Als Besonderheit ist hier anzumerken, dass bei dieser Erhebung zum einen im Jahr 1997 die Periodizität von monatlich auf vierteljährlich verlängert wurde, zum anderen seit 1998 durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ein direkter Vergleich mit den Vorjahresergebnissen nur bedingt möglich ist. Insofern beschränkt sich die konjunkturelle

Gegenüberstellung der Systematiken WZ 93 und SYPRO für den Bereich Baugewerbe

WZ 93		SYPRO	
Bauhauptgewerbe			
45.1	Vorbereitende Baustellenarbeiten		
45.11	Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe, Erdbewegungsarbeiten	7305	Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe
45.12	Test- und Suchbohrung	7241	Erdbewegungsarbeiten
		7244	Brunnenbau, nichtbergbauliche Tiefbohrung
		7245	Bergbauliche Tiefbohrung, Aufschließung, Schachtbau
45.2	Hoch- und Tiefbau	72	Hoch- und Tiefbau
		7255	Fassadenreinigung (WZ 93: 45.4)
		73	Spezialbau
		7304	Abdämmung gegen Kälte, Wärme, Schall, Erschütterung (WZ 93: 45.3)
		74	Stuckateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei (WZ 93: 45.4)
		75	Zimmerei, Dachdeckerei
Ausbaugewerbe			
45.3	Bauinstallation	76	Bauinstallation
45.4	Sonstiges Baugewerbe	77	Ausbaugewerbe (ohne Bauinstallation)
45.5	Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal		

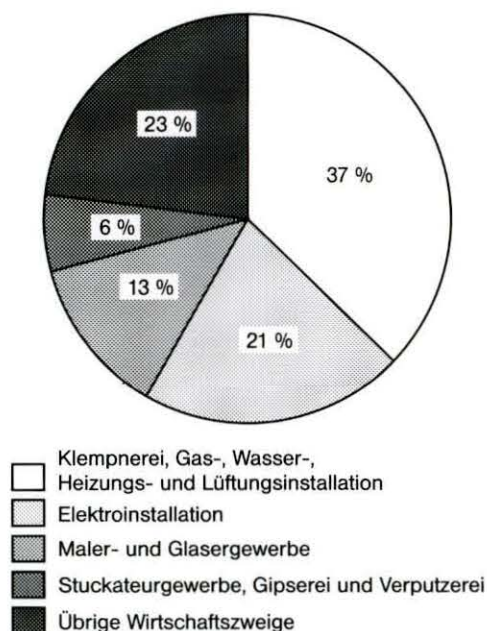
Analyse schwerpunktmäßig auf den Vergleich der Jahre 1998 und 1999.

Die größten Betriebe gibt es im Wirtschaftszweig Bauinstallation

Ende Juni 1999 gab es in Rheinland-Pfalz 1 052 Betriebe des Ausbaugewerbes (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) mit 10 und mehr Beschäftigten. Hier waren insgesamt 23 736 Personen tätig. Das waren rund 23 Beschäftigte je Betrieb. Die Betriebe erzielten im vorausgegangenen Jahr einen Umsatz von 3,7 Mrd. DM. Dies entspricht einem Umsatz von 3,5 Mill. DM je Betrieb. Mit 60% war der überwiegende Teil der Betriebe im Wirtschaftszweig Bauinstallation tätig. Sie beschäftigten 16 156 Personen und setzten im Vorjahr 2,6 Mrd. DM um. Das entspricht 68% der Beschäftigten bzw. 71 % des Umsatzes im gesamten Ausbaugewerbe. Die verbleibenden 421 Betriebe des Wirtschaftszweigs „Sonstiges Baugewerbe“ hatten mit einem Umsatz von rund 1,1 Mrd. DM einen Anteil von knapp 30% am Umsatz des Ausbaugewerbes. Beschäftigt waren hier 7 580 Personen, was rund einem Drittel aller Beschäftigten entspricht.

Innerhalb des Wirtschaftszweigs Bauinstallation waren Ende Juni 1999 mit 362 Betrieben nicht nur die meisten im Bereich „Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation“ tätig, sie trugen auch mit 57,3% am stärksten zum Umsatz dieses Zweigs bei. Die 221 Betriebe des Bereichs „Elektroinstallation“ hatten dagegen an dem im Wirtschaftszweig Bauinstallation insgesamt erzielten Umsatz einen Anteil von nur 28,5%. Je Betrieb wurden 3,3 Mill. DM Umsatz erwirtschaftet gegenüber 4,1 Mill. DM im Bereich „Klempne-

Beschäftigte im Ausbaugewerbe Ende Juni 1999 nach Wirtschaftszweigen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 59/2000

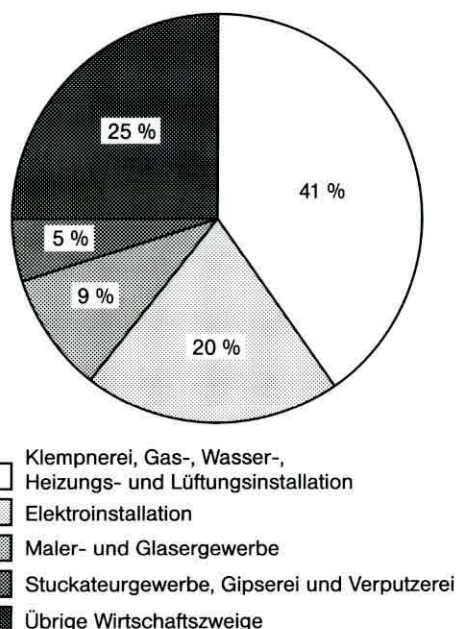
rei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation“. Die weitaus höchsten Umsätze je Betrieb erzielten allerdings mit durchschnittlich 8,8 Mill. DM die zwölf Betriebe des Bereichs „Sonstige Bauinstallation“. Im Be-

Betriebe und Beschäftigte 1999 und Umsatz 1998 im Ausbaugewerbe nach Wirtschaftszweigen
– Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten –

Wirtschaftszweig	Betriebe 1999 ¹⁾	Beschäftigte 1999 ¹⁾		Gesamtumsatz ²⁾ 1998			
		insgesamt		insgesamt		je Betrieb	
		Anzahl	%	Anzahl	1 000 DM	%	1 000 DM
Bauinstallation	631	16 156	68,1	25,6	2 588 120	70,5	4 102
Elektroinstallation	221	5 007	21,1	22,7	736 900	20,1	3 334
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	36	1 494	6,3	41,5	262 827	7,2	7 301
Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	362	8 837	37,2	24,4	1 482 359	40,4	4 095
Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation	101	1 854	7,8	18,4	265 123	7,2	2 625
Installation von Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und gesundheitstechnischen Anlagen	261	6 983	29,4	26,8	1 217 236	33,2	4 664
sonstige Bauinstallation	12	818	3,4	68,2	106 033	2,9	8 836
Sonstiges Baugewerbe	421	7 580	31,9	18,0	1 080 659	29,5	2 567
Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	86	1 474	6,2	17,1	186 658	5,1	2 170
Bautischlerei	79	1 408	5,9	17,8	245 338	6,7	3 106
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	93	1 673	7,0	18,0	295 998	8,1	3 183
Parkettlegerei	6	98	0,4	16,3	14 236	0,4	2 373
Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei	57	1 020	4,3	17,9	167 599	4,6	2 940
Estrichlegerei	14	299	1,3	21,4	73 387	2,0	5 242
sonstige Fußbodenlegerei und -kleberei	8	131	0,6	16,4	22 242	0,6	2 780
Raumausstattung oh. ausgeprägten Schwerpunkt	8	125	0,5	15,6	18 534	0,5	2 317
Maler- und Glasergerber	159	2 978	12,5	18,7	345 267	9,4	2 171
Maler- und Lackierergewerbe	148	2 750	11,6	18,6	310 987	8,5	2 101
Glasergerber	11	228	1,0	20,7	34 280	0,9	3 116
Baugewerbe anderweitig nicht genannt	4	47	0,2	11,8	7 399	0,2	1 850
Ofen- und Herdsetzerei	3
Ausbaugewerbe anderweitig nicht genannt	1
Insgesamt	1 052	23 736	100	22,6	3 668 779	100	3 487

1) Ende Juni. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Umsatz im Ausbaugewerbe 1998
nach Wirtschaftszweigen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 61/2000

reich „Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation“ bildete mit 82,1% die Installation von Heizungs-, Lüftungs- sowie Klimaanlage und gesundheitstechnischen Anlagen den absoluten Umsatzschwerpunkt, gefolgt von der Klempnerei und der Gas- und Wasserinstallation (17,9%), die mit einem Umsatz von durchschnittlich 2,6 Mill. DM unter dem schon relativ niedrigen Durchschnittswert von 3,5 Mill. DM für das Ausbaugewerbe insgesamt lag. Überdurchschnittliche Erlöse aus ihrer Tätigkeit erzielten mit 7,3 Mill. DM je Betrieb die 36 im Bereich „Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung“ tätigen Betriebe.

Weit mehr als die Hälfte der Beschäftigten des Wirtschaftszweigs Bauinstallation (55%) arbeitete im Bereich „Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation“, mit Abstand gefolgt von der Elektroinstallation (31%). Der Bereich „Sonstige Bauinstallation“, der hinsichtlich der Zahl der Betriebe sowie der Beschäftigten und vom Umsatz her der kleinste Bereich des Wirtschaftszweigs Bauinstallation ist, war in Bezug auf die Betriebsgröße, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, der absolute Spitzenreiter. Mit 68,2 Arbeitskräften je Betrieb lag er sowohl vor dem Bereich „Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung“ (41,5 Beschäftigte je Betrieb) als auch weit über dem Durchschnitt des Wirtschaftszweigs Bauinstallation (25,6) und des Ausbaugewerbes insgesamt (22,6).

Im Wirtschaftszweig „Sonstiges Baugewerbe“ hob sich vor allem das Maler- und Glasergewerbe mit einem Umsatz von 345 Mill. DM heraus. Dies entspricht einem Anteil von rund 32% am sonstigen Baugewerbe insgesamt. Mit Erlösen in Höhe von 296 Mill. DM und damit einem Anteil von 27,4% rangierte der Bereich „Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung“ an zweiter Stelle, gefolgt von den Bautischlereien (245

Mill. DM; 22,7%). Im Vergleich dazu war das Umsatzvolumen der vier Betriebe des Bereichs „Baugewerbe anderweitig nicht genannt“ mit 7,4 Mill. DM und einem Anteil von 0,7% marginal. Die geringe Bedeutung dieses Bereichs, der beispielsweise Ofen- und Herdsetzerei, Einbau von Swimmingpools und Reinigung neu eingerichteter Gebäude umfasst, spiegelt sich auch in der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl von nur 11,8 Personen je Betrieb und einem Durchschnittsumsatz von nur 1,9 Mill. DM wider. Dagegen beliefen sich die vergleichbaren Werte im übergeordneten Wirtschaftszweig „Sonstiges Baugewerbe“ auf durchschnittlich 18 Beschäftigte und 2,6 Mill. DM Umsatz. Zu den Spitzenreitern bezüglich der durchschnittlichen Beschäftigten- und Umsatzzahlen zählt im sonstigen Baugewerbe die Estrichlegerei. Hier lag der Umsatz je Betrieb bei 5,2 Mill. DM und die Zahl der Beschäftigten je Betrieb erreichte die Größenordnung von 21,4. Die Estrichlegerei trug mit einem Umsatz von 73,4 Mill. DM allerdings nur 6,8% zum Gesamtumsatz im sonstigen Baugewerbe bei.

Im rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbe dominieren Kleinbetriebe

Bei der jährlichen Statistik im Ausbaugewerbe werden nur Betriebe mit 10 und mehr tätigen Personen erfasst. Aufgrund dieses Erhebungskonzepts werden die vielen Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten nicht durch die amtliche Statistik belastet. Von den erfassten Betrieben gab es am 30. Juni 1999 die meisten in der Größenklasse mit 10 bis 19 Beschäftigten. Das waren 677 oder 64,4% der Betriebe. In den Betrieben dieser Größenklasse waren 38,4% aller Beschäftigten tätig. Sie erzielten 1998 einen Umsatz von knapp 1,3 Mrd. DM, was einem Anteil von 35,3% am Gesamtumsatz des Ausbaugewerbes entsprach. Etwas mehr als 36% des Umsatzes wurden in den Betrieben mit 20 bis 49 Beschäftigten erbracht. In diesen Betrieben hatten 36,2% aller Beschäftigten des Ausbaugewerbes einen Arbeitsplatz. Die Betriebe mit 50 bis 99 Beschäftigten realisierten dagegen nur einen Umsatzanteil von 16,5% und einen Beschäftigtenanteil von 15%. Auf die Größenklasse mit 100 und mehr Beschäftigten entfielen

Ausgewählte Kennziffern 1999 und 1998 im
Ausbaugewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen
– Betriebe von Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten –

Betriebe mit ... Beschäftigten	Be- triebe	Be- schäf- tigte	Geleistete Arbeits- stunden	Brutto- löhne und -gehälter	Gesamt- umsatz ¹⁾ 1998
	Ende Juni 1999		im 2. Vierteljahr 1999		
	Anzahl		1 000	1 000 DM	
unter 20	677	9 116	2 867	97 647	1 296 127
20 - 49	310	8 601	2 735	97 090	1 328 814
50 - 99	53	3 565	1 132	43 537	606 097
100 und mehr	12	2 454	704	34 873	437 741
Insgesamt	1 052	23 736	7 438	273 149	3 668 779

1) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Kennziffern im Ausbaugewerbe 1996 bis 1999

- Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten -

Jahr	Betriebe ¹⁾	Beschäftigte ¹⁾	Geleistete Arbeitsstunden	Bruttolöhne und -gehälter	Gesamtumsatz ²⁾
	Anzahl		1 000	1 000 DM	
1996	279	11 390	14 146	555 698	1 825 114
1997	280	11 831	14 266	578 609	1 861 442
1998 ³⁾	365	14 282	17 427	685 801	2 268 098
1999	389	14 652	18 108	714 048	2 430 116
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %					
1997	0,4	3,9	0,8	4,1	2,0
1998 ³⁾	x	x	x	x	x
1999	6,6	2,6	3,9	4,1	7,1

1) Vierteljahresdurchschnitt. - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit den Vorjahresergebnissen nicht möglich.

schließlich 10,3% der Beschäftigten in den Betrieben des Ausbaugewerbes. Sie erwirtschafteten einen Umsatzanteil von 11,9%.

Produktivität im Ausbaugewerbe gestiegen

Zu der seit 1997 vierteljährlich durchgeführten Erhebung bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten waren im Jahr 1999 im rheinland-pfälzi-

schen Ausbaugewerbe 389 Betriebe mit 14 652 Beschäftigten (Vierteljahresdurchschnitt) berichtspflichtig. Dies waren 24 Betriebe oder 6,6% und 370 Beschäftigte oder 2,6% mehr als im Vierteljahresdurchschnitt 1998. Im Jahr 1999 arbeiteten die Beschäftigten des Ausbaugewerbes insgesamt 18,1 Mill. Stunden und realisierten einen Umsatz von 2,4 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum leisteten sie 681 000 Stunden mehr und die Umsätze lagen um 162 Mill. DM oder 7,1% über dem Wert von 1998. Die Produktivität, das heißt der Gesamt-

Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe 1996 bis 1999 nach Wirtschaftszweigen

- Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten -

Wirtschaftszweig	1996	1997	1998 ²⁾	1999
Umsatz ¹⁾ in 1000 DM				
Bauinstallation	1 417 688	1 453 995	1 754 901	1 928 939
Elektroinstallation	381 938	396 557	521 402	592 935
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	300 261	251 890	236 453	261 083
Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	707 695	766 719	963 998	1 034 785
sonstige Bauinstallation	27 795	38 829	33 047	40 135
Sonstiges Baugewerbe	404 518	407 447	513 196	501 177
Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	106 292	76 350	69 591	66 595
Bautischlerei	.	38 546	92 210	90 421
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausrüstung	101 697	117 320	147 588	165 276
Maler- und Glasergewerbe	155 499	134 551	165 076	178 886
Baugewerbe anderweitig nicht genannt	.	40 680	38 731	-
Insgesamt	1 825 117	1 861 442	2 268 098	2 430 116
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %				
Bauinstallation	x	2,6	x	9,9
Elektroinstallation	x	3,8	x	13,7
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	x	-16,1	x	10,4
Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	x	8,3	x	7,3
sonstige Bauinstallation	x	39,7	x	21,4
Sonstiges Baugewerbe	x	0,7	x	-2,3
Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	x	-28,2	x	-4,3
Bautischlerei	x	.	x	-1,9
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausrüstung	x	15,4	x	12,0
Maler- und Glasergewerbe	x	-13,5	x	8,4
Baugewerbe anderweitig nicht genannt	x	.	x	x
Insgesamt	x	2,0	x	7,1

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit den Vorjahresergebnissen nicht möglich.

Beschäftigte im Ausbaugewerbe 1996 bis 1999 nach Wirtschaftszweigen
– Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten –

Wirtschaftszweig	1996	1997	1998 ²⁾	1999
Beschäftigte¹⁾				
Bauinstallation	8 600	8 976	10 888	11 223
Elektroinstallation	2 631	2 772	3 677	3 660
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	1 272	1 120	1 108	1 256
Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	4 598	4 682	5 712	5 840
sonstige Bauinstallation	99	401	391	468
Sonstiges Baugewerbe	2 776	2 855	3 394	3 429
Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	740	702	536	548
Bautischlerei	.	204	514	578
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	564	627	765	849
Maler- und Glasergewerbe	1 238	1 145	1 380	1 454
Baugewerbe anderweitig nicht genannt	.	177	199	-
Insgesamt	11 390	11 831	14 282	14 652
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %				
Bauinstallation	x	4,4	x	3,1
Elektroinstallation	x	5,4	x	-0,5
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	x	-11,9	x	13,4
Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	x	1,8	x	2,2
sonstige Bauinstallation	x	305,1	x	19,7
Sonstiges Baugewerbe	x	2,8	x	1,0
Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	x	-5,1	x	2,2
Bautischlerei	x	.	x	12,5
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	x	11,2	x	11,0
Maler- und Glasergewerbe	x	-7,5	x	5,4
Baugewerbe anderweitig nicht genannt	x	.	x	x
Insgesamt	x	3,9	x	2,6

1) Vierteljahresdurchschnitt. – 2) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit den Vorjahresergebnissen nicht möglich.

umsatz je Beschäftigten, stieg von 158 808 DM auf 165 856 DM und damit um 4,4%. Bei den Bruttolöhnen und -gehältern gab es zwischen 1998 und 1999 einen Anstieg um 28,2 Mill. DM, was einer Wachstumsrate von 4,1% entspricht. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Gesamtumsatz ist im Vorjahresvergleich dem gegenüber geringfügig von 30,2% auf 29,4% gesunken.

Insgesamt positive Umsatzentwicklung

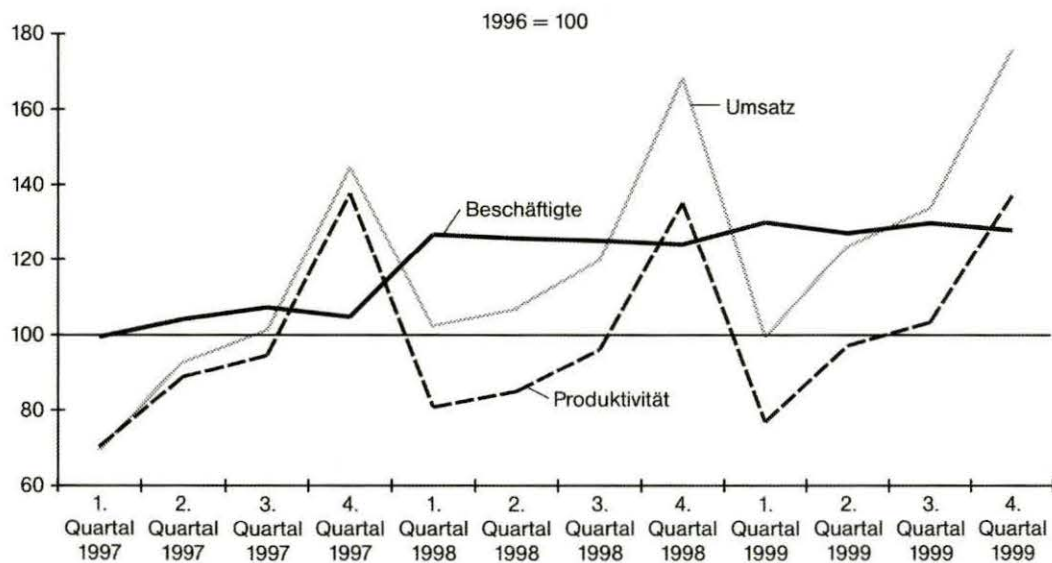
Die Entwicklung des Umsatzes verlief in den einzelnen Wirtschaftszweigen des Ausbaugewerbes uneinheitlich. So konnte die Bauinstallation durchweg positive, zum Teil sogar zweistellige Zuwachsraten gegenüber dem Vergleichszeitraum 1998 verzeichnen. Am kräftigsten legte hier der Bereich „Elektroinstallation“ zu, dessen Umsätze um 71,5 Mill. DM (+13,7%) auf rund 593 Mill. DM anwuchsen. Von Gewicht ist auch die Entwicklung des umsatzstärksten Bereichs „Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation“. Hier erreichte der absolute Zuwachs die Größenordnung von 70,8 Mill. DM (+7,3%), wodurch im Jahr 1999 ein Gesamtumsatz von etwas mehr als 1 Mrd. DM realisiert werden konnte. Ihm folgte der Bereich „Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung“ mit einem Umsatzanstieg von 24,6 Mill. DM (+10,4%). Die höchste Wachstumsrate erreichte mit 21,4% der Bereich „Sonstige Bauinstallation“, dessen wirtschaftliche

Bedeutung mit einem Umsatzvolumen von 40,1 Mill. DM im Vergleich zu den anderen Bereichen jedoch eher gering ist. Insgesamt lag das Umsatzwachstum des Wirtschaftszweigs Bauinstallation bei 9,9%.

Ganz anders war die Situation im Wirtschaftszweig „Sonstiges Baugewerbe“. Der Umsatz fiel hier um 12 Mill. DM auf 501 Mill. DM, woraus sich eine Abnahmerate von 2,3% ergibt. An dieser Entwicklung konnten auch die kräftigen Umsatzzuwächse der Bereiche „Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung“ sowie „Maler- und Glasergewerbe“ mit immerhin +12% bzw. +8,4% nichts ändern, obwohl diese mit einem Umsatzanteil von rund 33% bzw. 35,7% ein größeres Gewicht haben als die Bereiche „Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei“ sowie „Bautischlerei“ zusammen (31,3%). In den letztgenannten Bereichen gab es im Vergleich zu 1998 Umsatzeinbrüche in einer Größenordnung von -4,3% bzw. -1,9%. Den negativen Ausschlag hat schließlich der Bereich „Baugewerbe anderweitig nicht genannt“ gegeben, der seit 1999 unter den Betrieben der erfassten Größenordnung nicht mehr vertreten ist.

Im Ausbaugewerbe insgesamt zeichnete sich zwischen 1998 und 1999 mit einem Wachstum von insgesamt 162 Mill. DM (+7,1%) eine positive Umsatzentwicklung ab, zu der der Wirtschaftszweig Bauinstallation maßgeblich beigetragen hat.

Umsatz, Beschäftigte und Produktivität im Ausbaugewerbe 1997 bis 1999 nach Quartalen



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 62/2000

Gesamtumsatz im Ausbaugewerbe 1999 nach Wirtschaftszweigen und Quartalen – Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten –

Wirtschaftszweig	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Umsatz ¹⁾ in 1000 DM				
Bauinstallation	352 790	443 169	484 564	648 416
Elektroinstallation	113 761	137 752	173 536	167 887
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	48 495	56 785	68 552	87 281
Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	183 507	237 138	232 130	382 008
sonstige Bauinstallation	7 027	11 492	10 375	11 241
Sonstiges Baugewerbe	102 353	119 561	126 984	152 281
Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	14 405	15 924	17 439	18 827
Bautischlerei	20 149	21 693	20 330	28 249
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	31 311	38 231	41 217	54 516
Maler- und Glasergewerbe	36 488	43 711	47 998	50 689
Baugewerbe anderweitig nicht genannt	-	-	-	-
Insgesamt	455 144	562 731	611 548	800 697
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %				
Bauinstallation	-2,2	17,7	18,2	6,7
Elektroinstallation	-3,4	15,5	31,5	10,1
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	-3,1	9,6	35,5	3,8
Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation	-1,4	19,4	16,0	6,4
sonstige Bauinstallation	6,8	64,8	38,6	-6,4
Sonstiges Baugewerbe	-3,7	8,0	-8,0	-3,7
Stuckateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	-4,2	-3,2	-7,9	-1,8
Bautischlerei	0,2	13,6	-9,7	-7,4
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung	-1,8	22,5	0,7	25,1
Maler- und Glasergewerbe	13,9	28,0	3,6	-3,5
Baugewerbe anderweitig nicht genannt	x	x	x	x
Insgesamt	-2,5	15,5	11,6	4,6

1) Ohne Umsatzsteuer.

Zunahme der Beschäftigung

Im Vierteljahresdurchschnitt des Jahres 1999 waren in den Betrieben des Ausbaugewerbes von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 14 652 Personen tätig. Das sind 370 Personen oder 2,6% mehr als 1998. Selbst unter Berücksichtigung des Umstandes, dass aufgrund der Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung ein Vergleich mit den Vorjahren nur bedingt möglich ist, ist der Trend von 1996 bis 1999 durchweg positiv. Die Beschäftigungszunahme war sowohl durch eine stetige Zunahme der Zahl der zur Statistik meldepflichtigen Betriebe als auch durch eine Personalaufstockung innerhalb der Betriebe begründet. Allerdings nahm die durchschnittliche Betriebsgröße innerhalb der beiden letzten Jahre von 39 auf 38 Beschäftigte ab.

Die Entwicklung der Beschäftigung im Ausbaugewerbe wurde maßgeblich vom Wirtschaftszweig Bauinstallation bestimmt, auf den im Durchschnitt des vergangenen Jahres 76,6% der Arbeitsplätze entfielen. Innerhalb dieses Wirtschaftszweigs verlief die Personalentwicklung jedoch sehr uneinheitlich. Im Bereich „Klempnerei, Gas-, Wasser-, Heizungs- und Lüftungsinstallation“, in dem mehr als die Hälfte aller im gesamten Wirtschaftszweig Bauinstallation tätigen Personen beschäftigt sind, erhöhte sich die Zahl der Arbeitsplätze gegenüber 1998 um 2,2%. Gegensätzlich verlief die Entwicklung im Bereich „Elektroinstallation“, wo die Beschäftigung zwischen 1998 und 1999 um 0,5% zurückgegangen ist. Die im Bereich „Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung“ tätigen Firmen konnten ihr Personal deutlich um 13,4% ausweiten. Das größte Beschäftigtenwachstum verzeichnete der Bereich „Sonstige Bauinstallation“ mit +19,7%. Von der absoluten Zunahme des Wirtschaftszweigs Bauinstallation insgesamt in Höhe von 335 Beschäftigten entfielen allerdings nur 77 Arbeitskräfte auf den Bereich „Sonstige Bauinstallation“.

Die Beschäftigtenentwicklung des Wirtschaftszweigs „Sonstiges Baugewerbe“ fiel aufgrund des Rückgangs im Bereich „Baugewerbe anderweitig nicht genannt“ mit einer Wachstumsrate von 1% eher bescheiden aus. Bei den übrigen Bereichen des Wirtschaftszweigs war die Entwicklung dagegen positiv. Bautischlereien sowie die Betriebe des Bereichs „Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Raumausstattung“ stockten ihr Personal deutlich auf (+12,5% bzw. +11%). Beispielsweise war bei dem letztgenannten Bereich mit einer Zunahme um

84 Arbeitskräfte ein größerer absoluter Personalzuwachs zu verzeichnen als das in dem mit 1 454 Beschäftigten personalstarken Maler- und Glasergerwerbe der Fall war (+74 Beschäftigte bzw. +5,4%) .

Saisonale und konjunkturelle Schwankungen mit „Hoch“ im 4. Quartal

Eine interessante Perspektive des Ausbaugewerbes zeigt sich bei einem Vergleich der Umsatz-, Beschäftigten- und Produktivitätsentwicklung der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten in den Jahren von 1996 bis 1999. Für diesen Vergleich wurde zunächst ein Durchschnitt aus den Quartalsergebnissen des Jahres 1996 sowohl für den Umsatz und die Zahl der Beschäftigten als auch für die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) ermittelt und gleich Hundert gesetzt. Im zweiten Schritt wurden dann die einzelnen Quartalsergebnisse der Jahre 1997 bis 1999 diesen Zahlen gegenübergestellt mit dem Ziel, vierteljährlich die Entwicklung der oben genannten Größen zu messen und die saisonalen und konjunkturellen Schwankungen abzubilden.

Die vorliegende Grafik zeigt den – wenn auch nur schwachen – Aufwärtstrend bei den Beschäftigtenzahlen. An dem Sprung in der Beschäftigtenentwicklung zwischen 1997 und 1998 ist auch der bereits erwähnte, durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 entstandene Bruch in der Statistik gut zu erkennen. Des Weiteren lassen die quartalsmäßigen Schwankungen bei der Umsatz- und bei der Produktivitätsentwicklung Parallelitäten in ihrem Verlauf erkennen. Die saisonale Entwicklung beginnt mit einem niedrigen Umsatz- und Produktivitätsniveau in den ersten Quartalen jedes Jahres, um dann bei einem positiven Verlauf in eine Umsatz- und Produktivitäts-Hochphase am Ende des Jahres zu gipfeln.

Im vierten Quartal 1997 war der Umsatz – bezogen auf den Vierteljahresdurchschnitt von 1996 – auf eine Messzahl von 144,2 gestiegen, im gleichen Quartal 1998 auf 167,8 und im letzten Quartal 1999 schließlich auf 175,5. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass das Ausbaugewerbe erst dann verstärkt tätig wird, wenn die Arbeiten im Bauhauptgewerbe, insbesondere im Hochbau, saisonbedingt abgeschlossen wurden.

Diplom-Ökonom Peter Lübbers

Wohnsituation von Haushalten mit Kindern

– Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 –

Das Erhebungsprogramm des Mikrozensus ist hinsichtlich der in den einzelnen Jahren zu erhebenden Tatbestände, der unterschiedlichen Periodizitäten und Auswahlsätze in § 4 des Mikrozensusgesetzes vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34) festgelegt. Danach wird neben der jährlichen Grunderhebung in Form einer 1%-Haushaltsstichprobe auch eine Zusatzerhebung zur Wohnsituation durchgeführt. Diese Zusatzerhebung fand 1998 erstmals statt und wird künftig im Abstand von vier Jahren, nächstmalig im Jahr 2002, wiederholt.

Erste Ergebnisse der Zusatzerhebung über die Wohnungsversorgung und die Wohnungsmieten wurden bereits in einer früheren Ausgabe der Statistischen Monatshefte veröffentlicht.¹⁾ Der vorliegende Beitrag beleuchtet speziell die Wohnsituation der Haushalte mit Kindern.

Vergleichbarkeit mit anderen Statistiken

Bei einem Vergleich der Mikrozensusergebnisse mit den Daten anderer Statistiken ist zu berücksichtigen, dass dem Mikrozensus das Berichtswochenkonzept zugrunde liegt. Dies bedeutet, dass die Merkmale der Wohneinheiten und der befragten Personen für eine festgelegte Woche ermittelt werden und nicht wie in der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 oder der letzten Totalzählung 1987 für einen Stichtag. Nach dem Berichtswochenkonzept werden zum Beispiel alle in diesem Zeitraum bestehenden Wohnverhältnisse, auch die begonnenen und beendeten, einbezogen. Die Berichtswoche der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 war vom 20. bis 26. April 1998.

Anhand einiger Eckwerte kann zwischen dem hochgerechneten Stichprobenergebnis und dem Ergebnis der Wohnungsfortschreibung, die die Gebäude- und Wohnungszählung 1987 mit Hilfe der Zu- und Abgangsmeldungen aus der Statistik der Baufertigstellungen und der Abgangstatistik fortschreibt, ein Vergleich gezogen werden. Die Eckwerte aus der Stichprobe unterscheiden sich von dem Ergebnis der auf Totalerhebungen zurückgreifenden Fortschreibung u. a. durch Zufallsfehler und Unterschiede im Erhebungsverfahren.

1) Hawliczek, Ingo: Wohnungen und Mieten 1998, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 10/99, S. 216 ff.

Daher erfolgte eine Anpassung an die Wohnungsfortschreibung zum Stand 31. Dezember 1997. Hierfür spricht u. a., dass gut die Hälfte der Baufertigstellungen allein im Dezember verbucht wird.

Hinsichtlich der Darstellung der Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung wird darauf verzichtet, Werte, die auf weniger als 50 in der Stichprobe erfassten Fällen (hochgerechnet 5 000) beruhen, darzustellen. Aufgrund der mangelnden Repräsentativität werden solche Werte durch einen Schrägstrich ersetzt; bei hochgerechneten Fallzahlen zwischen 5 000 und 9 900 sind die Ergebnisse wegen der eingeschränkten Aussagekraft in Klammern gesetzt.

Einschränkung im Frageprogramm ohne großen Informationsverlust

Im Gegensatz zu früheren Gebäude- und Wohnungszählungen sowie -stichproben werden bei der Zusatzerhebung traditionelle wohnungstatistische Bereiche im Frageprogramm ausgeklammert. Das derzeitige Mikrozensusgesetz sieht eine Befragung nach der Zahl der Räume sowie der Ausstattung mit Küche/Kochnische, Bad/Dusche und WC nicht vor. Das Fehlen der Information über Küche bzw. Kochnische macht auch die in der amtlichen Wohnungsstatistik übliche Differenzierung nach „Wohnungen“ (diese besitzen eine Küche oder Kochnische) und „sonstigen Wohneinheiten“ (ohne diese Kriterien) unmöglich. Deshalb kann nur die Gesamtmasse „Wohneinheiten“ dargestellt werden. In der Abhandlung wird aber dennoch von dem verständlicheren und allgemein üblichen Begriff der „Wohnung“ gesprochen. Zu begründen ist dies mit der zwischenzeitlich minimalen Zahl der „sonstigen Wohneinheiten“. Bei der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 erreichten „sonstige Wohneinheiten“ bundesweit nur noch einen Anteil von weniger als 0,5 % aller Wohneinheiten.

In jedem vierten Haushalt gibt es Kinder unter 18 Jahren

Von den im Frühjahr 1998 ermittelten 1 647 000 rheinland-pfälzischen Haushalten hatten fast 418 000 Kinder. Als „Kinder“ wurden hierbei ledige, bei ihren El-

Haushalte¹⁾ 1998 nach Art der Nutzung der Wohnung

Haushaltstyp	Insgesamt ²⁾	Darunter			
		Eigentümer		Hauptmieter	
		1 000	%	1 000	%
Haushalte ohne Kinder	1 229,3	670,3	54,5	528,2	43,0
Haushalte mit Kind(ern)	417,6	228,1	54,6	185,9	44,5
davon mit ...					
1 Kind	210,1	107,8	51,3	99,7	47,5
2 Kindern	155,8	91,4	58,7	63,3	40,6
3 und mehr Kindern	51,8	28,9	55,8	22,8	44,0
Insgesamt	1 646,9	898,4	54,6	714,1	43,4

1) Ohne Wohnheime. – 2) Einschließlich Untermieter.

Haushalte¹⁾ 1998 nach der Gebäudegröße

Haushaltstyp	Insgesamt ²⁾	Darunter in Wohngebäuden mit ... Wohnung(en)					
		1		2		3 und mehr	
		1 000	%	1 000	%	1 000	%
Haushalte ohne Kinder	1 198,5	471,9	39,4	283,5	23,7	432,6	36,1
Haushalte mit Kind(ern)							
unter 18 Jahren	414,0	186,9	45,1	92,7	22,4	130,9	31,6
davon mit ...							
1 Kind	207,6	83,3	40,1	47,5	22,9	74,6	35,9
2 Kindern	154,7	75,5	48,8	36,8	23,8	41,4	26,8
3 und mehr Kindern	51,7	28,2	54,5	(8,3)	(16,1)	15,0	29,0
Insgesamt	1 612,5	658,8	40,9	376,2	23,3	563,5	34,9

1) Ohne Wohnheime. – 2) Ohne Untermieter.

tern oder einem Elternteil wohnende Personen betrachtet, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten. Demnach gelten in der Mikrozensus-Zusatzerhebung ledige Schülerinnen und Schüler, Studierende und auch Erwerbstätige über 18 Jahre, die noch im Haushalt der Eltern wohnen, nicht als Kinder.

Zwischen der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe mit Stichtag 30. September 1993 und der Mikrozensus-Zusatzerhebung im April 1998 hat sich die Zahl der Haushalte um rund 81 000 oder 5,1% erhöht. Etwas geringer war die Zuwachsrate mit 4,2% bei den Haushalten mit Kindern; deren Zahl nahm von 400 700 auf 417 600 zu. Verschiebungen minimaler Art sind bei der Unterscheidung der Haushalte nach der Zahl der Kinder festzustellen. In jedem zweiten Haushalt mit Kindern gibt es ein Kind, auf Haushalte mit zwei Kindern entfällt ein Anteil von 37%. Drei und mehr Kinder leben in jedem achten Haushalt (12,4%).

Überdurchschnittliche Eigentümerquote

Die seit jeher in Rheinland-Pfalz hohe Eigentümerquote – im Vergleich aller Bundesländer liegt das Land nach dem Saarland auf Rang zwei – schlägt sich auch bei den Haushalten mit Kindern nieder. Zwischen den Haushalten insgesamt und denjenigen mit Kindern bzw. ohne Kinder gibt es praktisch keinen Unterschied. Alle drei Gruppen erreichen Anteile von knapp 55 %. Eine etwas überdurchschnittliche Quote erzielen Haushalte mit zwei bzw. drei und mehr Kindern. Jeweils knapp 59 bzw. 56 % dieser Haushalte leben in den eigenen vier Wänden, diejenigen mit einem Kind aber nur in gut 51 % der Fälle. Hier dürfte es sich vielfach um junge Familien handeln, die häufig noch nicht die Mittel für Eigentum aufbringen konnten. Die Angaben für alle Haushalte belegen diese Annahme: So leben von den Haushalten mit einem Alter der Bezugsperson von 25 bis 30 Jahren 14 % als Eigentümer, bei der Altersklasse 30 bis 40 Jahre sind es bereits 39 %.

Einfamilienhäuser überwiegen

Von den Haushalten ohne Kinder bewohnen rund vier von zehn ein Einfamilienhaus, knapp ein Viertel lebt in einem Gebäude mit zwei Wohnungen und gut jeder dritte Haushalt hat seine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus.

Von dieser Struktur unterscheidet sich die Unterbringung der Haushalte mit Kindern doch beachtlich. Unberücksichtigt bleiben bei dieser Betrachtung Untermieterhaushalte sowie Haushalte, die in Wohnheimen, sonstigen Gebäuden mit Wohnraum²⁾ oder bewohnten Unterkünften leben. Allgemein gilt die Aussage: Je größer die Kinderzahl ist, desto höher ist der Anteil der Haushalte, die in einem Einfamilienhaus leben. Lagen die Haushalte mit einem Kind mit einer Quote von 40 % noch um fünf Prozentpunkte unter dem Wert aller Haushalte mit Kindern, so stiegen die Anteile derjenigen mit mehr Kindern überdurchschnittlich an. Fast jeder zweite Haushalt mit zwei Kindern (49 %) bewohnte im April 1998 ein Wohngebäude mit einer Wohnung. Zählten drei und mehr Kinder zur Familie, stieg die Quote auf fast 55 % an und übertraf damit deutlich den Prozentsatz bei Haushalten ohne Kinder. Im Durchschnitt bewohnten 45 % der Haushalte mit Kindern ein Einfamilienhaus.

Keine spürbaren Abweichungen von den Mittelwerten zeigen sich bei Haushalten mit Kindern in Wohngebäuden mit zwei Wohnungen. Rund 22 % der Haushalte mit Kindern wohnten in diesen Wohngebäuden. Unterschiede in Abhängigkeit von der Kinderzahl sind hier nicht so deutlich.

Durch die starke Stellung der Einfamilienhäuser verlieren die Mehrfamilienhäuser etwas an Bedeutung. Wohnten 35 % der rheinland-pfälzischen Haushalte in einem Gebäude mit drei und mehr Wohnungen, so waren es bei Haushalten mit Kindern 32 %.

Eigentümer haben größere Wohnungen

Ein wichtiges Merkmal für die Wohnsituation der Haushalte ist die zur Verfügung stehende Wohnfläche. Im Allgemeinen wird die Größe einer Wohnung durch die „Zahl der Räume“ und die „Wohnfläche“ ausgewiesen. Da – wie am Anfang angesprochen – die Mikrozensus-Zusatzerhebung nur einen eng vorgegebenen Fragenkatalog zulässt, können keine Informationen zur Raumzahl gegeben werden. Im Gegensatz zu anderen fehlenden Fragestellungen ist diese Tatsache jedoch unproblematisch, da das Merkmal Wohnfläche sich besser für die Darstellung der Wohnraumversorgung eignet.

Bei Betrachtung der Wohnungsgrößenklassen fällt auf, dass sehr viele Haushalte in Wohnungen mit 100 m² und mehr leben; im Mittel sind es fast 48%, bei

2) Gebäude, die überwiegend (mehr als die Hälfte der Gesamtnutzfläche) für Nichtwohnzwecke, nämlich für gewerbliche, soziale, kulturelle oder Verwaltungszwecke bestimmt sind oder genutzt werden und mindestens eine Wohnung enthalten.

denen mit Kindern sogar 62%. Je nach Kinderzahl variiert dieser Wert; er steigt für Haushalte mit einem Kind, zwei bzw. drei und mehr Kindern von 54 über 68 auf 72% an.

Im April 1998 standen allen rheinland-pfälzischen Haushalten durchschnittlich 100 m² Wohnfläche zur Verfügung. Dieser Wert liegt deutlich über dem für Deutschland (87 m²) und dem der neuen Länder einschließlich Berlin-Ost (73 m²). Für das frühere Bundesgebiet wurden 90 m² ermittelt. Verhältnismäßig hoch ist die den kinderlosen Haushalten zuzurechnende Wohnfläche mit 95 m², die Haushalte mit Kindern bringen es im Mittel auf 115 m². Mit steigender Kinderzahl erhöht sich der Flächenbedarf. Je nach der Kinderzahl steigen die Wohnungsgrößen von 109 m² bei einem Kind auf 120 bzw. fast 125 m² bei zwei bzw. drei und mehr Kindern an.

Eigentümer- und Mietwohnungen unterscheiden sich in erster Linie durch ihre Größe und vielfach durch die Ausstattung, zu der aus den dargelegten Gründen allerdings keine Aussagen möglich sind. Mit gut 119 m² sind die Eigentümerwohnungen um nahezu 44 m² größer als die Mietwohnungen (76 m²), fast die gleiche Konstellation gilt für die Wohnungen der Haushalte mit Kindern (135 bzw. 90 m²). Auffallend ist, dass bei Haushalten mit Eigentum die Wohnfläche in Bezug zu der Zahl der Kinder eine geringere Spanne hat als bei den

vergleichbaren Mieterhaushalten: Eigentümer mit einem Kind verfügen im Mittel über knapp 132 m², bei drei und mehr Kindern sind es gut 141 m². Dieser Differenz von fast 10 m² stehen bei den Mietern 19 m² gegenüber (Spanne von 84 zu 103 m²).

Durch die schon immer sehr hohe Eigentümerquote im Land ist die Versorgung der rheinland-pfälzischen Haushalte mit Wohnfläche überdurchschnittlich gut. Dies trifft auch für Haushalte mit Kindern zu. Ein Vergleich aller 16 Bundesländer zeigt Rheinland-Pfalz mit 115,1 m² Wohnfläche auf Platz eins vor Niedersachsen und Bayern (115 bzw. 114,7 m²). Acht Länder des früheren Bundesgebietes übertreffen die 100 m²-Schwelle. Am Ende der Skala stehen Berlin und Sachsen (86,4 bzw. 86,5 m²).

914 DM Monatsmiete für die Wohnung

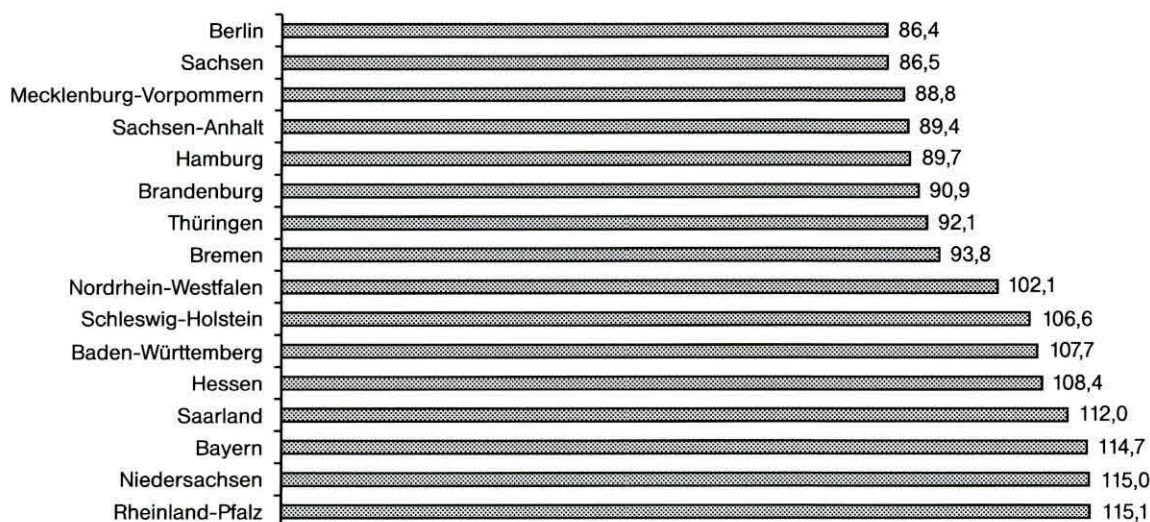
Zum traditionellen Programm wohnungsstatistischer Erhebungen zählt die Frage nach der Wohnungsmiete. Da die definitorische Abgrenzung des Mietbegriffs seit vielen Jahren konstant ist, können ohne Einschränkungen mehrjährige Vergleiche angestellt werden. Nach der Definition enthält die Miete den für die gesamte Wohnung monatlich gezahlten Betrag einschließlich der monatlichen Aufwendungen für Wasser, Kanalisation,

Haushalte¹⁾ 1998 nach Wohnfläche und Art der Nutzung der Wohnung

Haushaltstyp	Insgesamt ²⁾	Davon in Wohnungen mit einer Fläche von ... bis unter ... m ²										Fläche je Wohnung
		unter 60		60 - 80		80 - 100		100 - 120		120 und mehr		
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	m ²
Eigentümerhaushalte												
Haushalte ohne Kinder	670,3	25,9	3,9	78,4	11,7	128,3	19,1	141,5	21,1	296,1	44,2	114,0
Haushalte mit Kind(ern)	228,1	/	/	(9,1)	(4,0)	24,3	10,7	42,1	18,5	151,6	66,5	135,4
unter 18 Jahren												
davon mit ...												
1 Kind	107,8	/	/	(5,1)	(4,7)	13,7	12,7	22,5	20,9	65,8	61,0	131,7
2 Kindern	91,4	/	/	/	/	(8,2)	(9,0)	14,9	16,3	64,8	70,9	137,7
3 und mehr Kindern	28,9	-	-	/	/	/	/	/	/	20,9	72,3	141,4
Zusammen	898,4	26,9	3,0	87,5	9,7	152,6	17,0	183,6	20,4	447,8	49,8	119,4
Hauptmieterhaushalte												
Haushalte ohne Kinder	528,2	171,3	32,4	182,6	34,6	100,3	19,0	42,2	8,0	31,8	6,0	70,9
Haushalte mit Kind(ern)	185,9	13,9	7,5	49,3	26,5	61,7	33,2	34,1	18,3	26,9	14,5	90,2
unter 18 Jahren												
davon mit ...												
1 Kind	99,7	(9,7)	(9,7)	(32,7)	32,8	33,8	33,9	15,4	15,4	(8,2)	(8,2)	84,4
2 Kindern	63,3	/	/	13,5	21,3	20,9	33,0	13,2	20,9	12,7	20,1	94,6
3 und mehr Kindern	22,8	/	/	/	/	(7,0)	(30,7)	(5,5)	(24,1)	(6,0)	(26,3)	103,0
Zusammen	714,1	185,0	25,9	231,9	32,5	162,1	22,7	76,3	10,7	58,7	8,2	75,9
Haushalte insgesamt												
Haushalte ohne Kinder	1 198,5	197,2	16,5	261,1	21,8	228,6	19,1	183,7	15,3	328,0	27,4	95,0
Haushalte mit Kind(ern)	414,0	14,8	3,6	58,3	14,1	86,1	20,8	76,2	18,4	178,5	43,1	115,1
unter 18 Jahren												
davon mit ...												
1 Kind	207,6	10,4	5,0	37,8	18,2	47,5	22,9	37,9	18,3	74,0	35,6	109,0
2 Kindern	154,7	/	/	16,7	10,8	29,1	18,8	28,1	18,2	77,5	50,1	120,1
3 und mehr Kindern	51,7	/	/	/	/	(9,5)	(18,4)	10,2	19,7	27,0	52,2	124,5
Insgesamt	1 612,5	212,0	13,1	319,4	19,8	314,7	19,5	259,9	16,1	506,5	31,4	100,2

1) Ohne Wohnheime. – 2) Ohne Untermieter.

Durchschnittliche Quadratmeterfläche der Wohnung von Haushalten mit Kind(ern) unter 18 Jahren 1998 nach Bundesländern



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 72/2000

Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung und -beleuchtung, Schornsteinreinigung, Hauswart, öffentliche Lasten, Gebäudeversicherungen und Kabelanschluss. Nicht zur Miete rechnen die Umlagen für Zentralheizung und Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermietzuschlag, Zuschlag für Möblierung und Grundgebühr für eine Zentralwaschanlage. Die nachfolgenden Aussagen zur Miethöhe enthalten keine Wohnungen, die dem Mieter vom Eigentümer verbilligt oder ermäßigt überlassen worden sind. Bei der Zusatzerhebung wurden – ebenso wie bei der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1987 – nur die „Grundmiete“ und die „kalten Betriebskosten“ ermittelt, um den Zeitaufwand bei den befragten Haushalten möglichst gering zu halten. Bei der letzten Wohnungsstichprobe 1993 dagegen wurde die Miete detaillierter untersucht.

Im April 1998 zahlte jeder Mieterhaushalt in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt 766 DM für seine Wohnung und damit etwas weniger als in den Ländern des früheren Bundesgebiets (789 DM). In Deutschland lag der

Betrag mit 739 DM darunter. Als Ursache ist das deutlich niedrigere Mietenniveau in den neuen Ländern und Berlin-Ost anzusehen, wo sich ein mittlerer Mietwert von 571 DM errechnete.

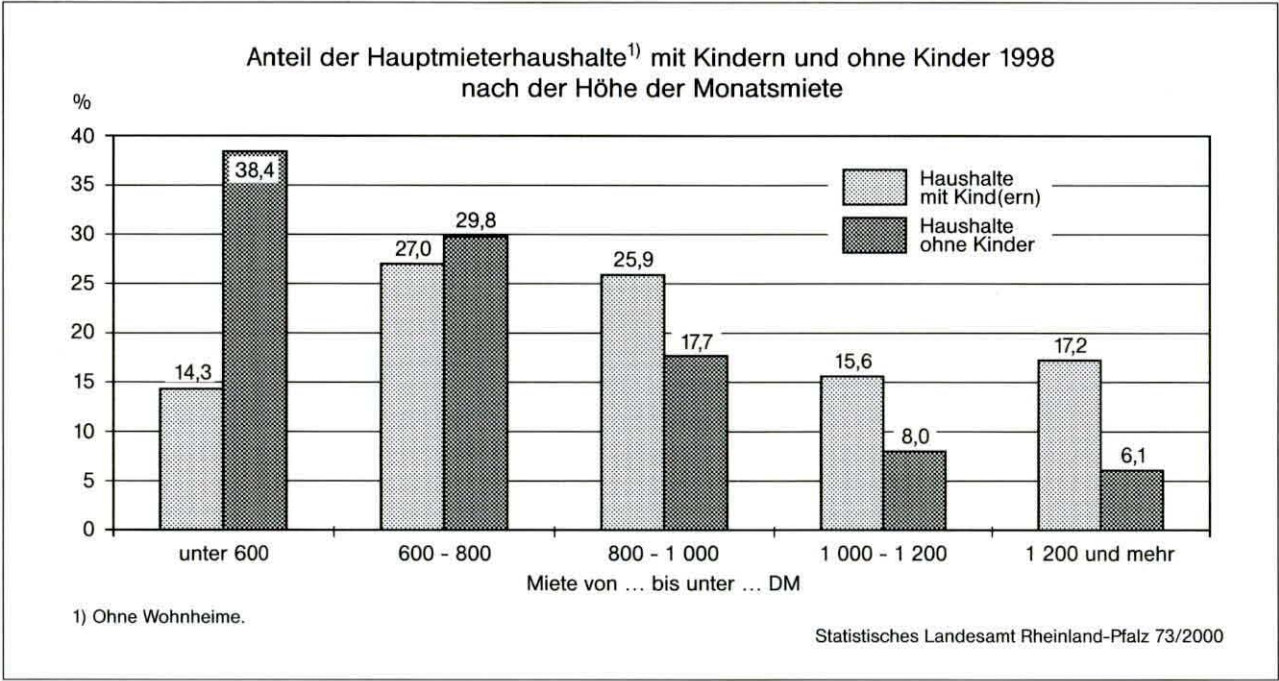
Ein Vergleich von Haushalten mit Kindern bzw. ohne Kinder zeigt, dass Erstere im Durchschnitt eine höhere Miete zu zahlen hatten. Kinderlose Haushalte hatten eine monatliche Belastung von 710 DM zu tragen, diejenigen mit Kindern dagegen eine von 914 DM, das waren 29% mehr. Mit zunehmender Kinderzahl steigt die monatliche Durchschnittsmiete an, eine Tatsache, die mit dem erhöhten Wohnflächenbedarf in Verbindung steht. Haushalte mit einem Kind mussten monatlich im Mittel 864 DM für die Miete einplanen, bei zwei Kindern waren es 953 DM und bei drei und mehr Kindern 1 024 DM. Diese drei Werte liegen alle unter denen des früheren Bundesgebiets mit 918 DM, 982 DM bzw. 1 050 DM.

Die höhere Mietbelastung der Haushalte mit Kindern zeigt sich auch bei der Zuordnung nach Mietpreisgruppen. Während in Rheinland-Pfalz 9,4% der kinderlosen

Hauptmieterhaushalte 1998¹⁾ nach der Miete je m² Wohnfläche

Haushaltstyp	Insgesamt	Davon mit einer monatlichen Miete von ... bis unter ... DM					Durchschnittsmiete je m ² Wohnfläche
		unter 8,00	8,00 – 10,00	10,00 – 12,00	12,00 – 14,00	14,00 und mehr	
	1 000	%					DM
Haushalte ohne Kinder	403,3	16,1	22,5	24,9	18,8	17,7	10,04
Haushalte mit Kind(ern) unter 18 Jahren	151,6	16,6	24,6	26,3	17,7	14,7	10,01
davon mit ...							
1 Kind	81,2	15,1	23,4	27,5	19,1	15,0	10,09
2 Kindern	50,7	(18,9)	26,4	22,3	(17,8)	(14,6)	9,91
3 und mehr Kindern	19,6	/	25,5	(32,1)	/	/	9,95
Insgesamt	554,9	16,2	23,0	25,3	18,5	16,9	10,03

1) Ohne Wohnheime.



Haushalte Mieten unter 400 DM zahlten, galt dies nur für 3% der Haushalte mit Kindern. Gut jeder zweite Haushalt mit Kindern war der Kategorie 600 bis 1 000 DM zuzuordnen und fast jeder Sechste zahlte 1 200 DM und mehr. Bei den Haushalten mit drei und mehr Kindern fiel in die letztgenannte Gruppe sogar nahezu jeder Vierte.

Die Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 1998 bestätigen die bekannten Zusammenhänge zwischen Haushaltsgröße und Miethöhe. Weitere entscheidende Kriterien sind der Bezug der Miete auf die Wohnfläche und der Anteil der Mietzahlungen am monatlichen Haushaltsnettoeinkommen.

Für die Hauptmieterhaushalte errechnete sich im April 1998 auf Landesebene ein mittlerer Quadratmeterpreis von 10,03 DM. In den Ländern des früheren Bundesgebiets waren es 11,28 DM. Am stärksten besetzt war die Mietstufe von 10 bis 12 DM je m²: Jeder vierte Haushalt im Land fiel in diese Kategorie. Bei Haushalten mit Kindern waren es 26%. Haushalte mit Kindern zahlten durchschnittliche Quadratmetermieten

von 10,01 DM. Unter der 10-DM-Grenze lagen die Haushalte mit zwei sowie drei und mehr Kindern (9,91 bzw. 9,95 DM), etwas mehr mussten die Haushalte mit einem Kind zahlen (10,09 DM je m²).

Monatliche Mietbelastungen stark gestiegen

Größere Wohnflächen und qualitative Verbesserungen der Wohnungen sind in der Regel mit steigenden Belastungen verbunden, die durch erhöhte Nettoeinkommen aufgefangen werden können. Dieser Idealfall ist jedoch nicht die Regel. Tatsache ist, dass sich die monatlichen Mietbelastungsquoten in den letzten Jahrzehnten für die Haushalte ständig erhöht haben. So konnten Anfang der 60er Jahre im früheren Bundesgebiet noch etwas über 50% der Haushalte mit einer Mietbelastungsquote von unter 10% leben, das heißt, diese Haushalte mussten weniger als ein Zehntel ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Miete ausgeben. 1998 hatten nur noch 2,7% der Haushalte eine so geringe Mietbelastung. Demgegenüber hatten 19,4% der Haushalte 40% und mehr für die Miete aufzubringen.

Haushalte¹⁾ 1998 nach der monatlichen Mietbelastung

Haushaltstyp	Insgesamt ²⁾	Davon mit einer monatlichen Mietbelastung von ... bis unter ... % des Haushaltsnettoeinkommens							Durchschnittliche Mietbelastung
		unter 15	15 - 20	20 - 25	25 - 30	30 - 35	35 - 40	40 und mehr	
	%								
Haushalte ohne Kinder	393,7	12,0	15,9	16,9	15,7	11,2	8,2	20,0	24,0
Haushalte mit Kind(ern)	149,4	9,8	16,5	17,9	16,5	11,8	9,8	17,7	25,5
unter 18 Jahren									
davon mit ...									
1 Kind	79,9	10,8	18,3	18,0	17,2	10,0	9,8	16,1	24,4
2 Kindern	50,2	9,8	14,9	19,6	15,5	14,6	9,0	16,6	25,8
3 und mehr Kindern	19,2	/	/	/	/	/	/	(27,3)	.
Insgesamt	543,1	11,4	16,1	17,2	15,9	11,4	8,7	19,4	24,5

1) Ohne Wohnheime. - 2) Nur Haushalte mit Angaben über Miete und Einkommen.

Haushalte¹⁾ 1998 nach Regierungsbezirken sowie durchschnittlicher Miete je Wohnung und je m² Wohnfläche

Haushaltstyp	Durchschnittliche Miete je Wohnung			Durchschnittliche Miete je m ² Wohnfläche		
	Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz	Koblenz	Trier	Rheinhesen-Pfalz
	DM					
Haushalte ohne Kinder	701	667	725	9,59	9,15	10,50
Haushalte mit Kind(ern) unter 18 Jahren	886	838	945	9,44	8,52	10,66
davon mit . . .						
1 Kind	844	789	888	9,52	8,82	10,69
2 Kindern	898	866	1 000	9,13	8,50	10,66
3 und mehr Kindern	1 024	935	1 045	9,85	7,80	10,58
Insgesamt	755	707	784	9,54	8,96	10,55

1) Ohne Wohnheime.

Ebenso wie in den Ländern des früheren Bundesgebiets errechnete sich 1998 für Rheinland-Pfalz eine durchschnittliche Mietbelastungsquote aller Haushalte von 24,5%. Damit müssen die Haushalte rund ein Viertel ihres Nettoeinkommens für die Miete einschließlich der kalten Betriebskosten aufbringen.

Welches sind die Gründe für diesen starken Anstieg? Die Flächen je Wohneinheit und je Person haben kontinuierlich zugenommen – seit 1968 von 75,4 bzw. 23,8 m² auf 99,6 bzw. 40,7 m² in 1998 – und die Ausstattung hat sich verbessert. Gleichzeitig belegen immer weniger Personen eine Wohnung, besonders stark hat die Zahl der Einpersonenhaushalte zugenommen. Diese sich auf die Mietbelastungsquote auswirkenden Faktoren werden verstärkt durch die kräftig gestiegenen Nebenkosten. In einem früheren Beitrag ist hierauf bereits eingegangen worden³⁾. Ergänzend hierzu sei auf den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte verwiesen. Auf der Basis 1995 = 100 erreichen die eigentlichen Wohnungsmieten im Jahresdurchschnitt 1998 einen Indexwert von 107. Für Wasser und Abwasser errechneten sich Werte von 111,4 bzw. 111,5, für die Müllabfuhr sogar von 122,7. Damit ist belegt, dass die „kalten“ Betriebskosten erheblich stärker stiegen als die Grundmieten.

Etwas geringer als die durchschnittliche Mietbelastungsquote von 24,5% ist die der kinderlosen Haushalte mit genau 24%, die Haushalte mit Kindern erreichen 25,5%. Mit steigender Kinderzahl nimmt die Quote zu.

Regionale Unterschiede

Abschließend soll auf regionale Unterschiede bei den durchschnittlichen Mieten je Wohnung und je Quadratmeter Wohnfläche hingewiesen werden. Innerhalb der drei Regierungsbezirke des Landes zeigten sich bei der 1998er Zusatzerhebung eindeutige Strukturen: Die niedrigsten Mieten für die Wohnungen mussten sowohl von allen Haushalten als auch von denjenigen mit Kindern bzw. ohne Kinder im Bezirk Trier bezahlt werden, die höchsten in Rheinhesen-Pfalz. Der Bezirk Koblenz nahm den Mittelplatz ein. Die gleiche Aussage trifft auch für die Kosten je Quadratmeter Wohnfläche zu.

Eine Wohnung für Haushalte mit Kindern kostete in dem von zehn kreisfreien Städten geprägten Bezirk Rheinhesen-Pfalz durchschnittlich 945 DM, das sind 12,8% mehr als für vergleichbare Einheiten im ländlich strukturierten Regierungsbezirk Trier (838 DM) bezahlt werden musste. Am höchsten war die Differenz mit 15,5% bei Haushalten mit zwei Kindern (1 000 bzw. 866 DM). Noch größer waren die Unterschiede zwischen diesen beiden Bezirken bei den Kosten je Quadratmeter Wohnfläche. Bei Haushalten mit Kindern lagen die Maximal- und Minimalwerte (10,66 bzw. 8,52 DM) um 25,1% auseinander, bei denjenigen mit drei Kindern (10,58 bzw. 7,80 DM) waren es sogar 35,6%.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

3) Hawliczek, Ingo: Wohnungsmieten und Nebenkosten 1985 bis 1997, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 4/98, Seite 83 ff.

Erwerbsverhalten, Haushalts- und Familienstrukturen

– Ergebnisse des Mikrozensus 1999 –

Der folgende Beitrag beschreibt in einem kurzen Überblick die durch den Mikrozensus 1999 festgestellten aktuellen Entwicklungen der Haushalts- und Familienstrukturen sowie des Erwerbsverhaltens. Ausführlichere Darstellungen enthält ein statistischer Bericht, der beim Statistischen Landesamt angefordert werden kann. Weitere Analysen zu Themen des aktuellen Mikrozensus werden in einem der folgenden Statistischen Monatshefte veröffentlicht. Für Anfragen zu den Inhalten des Mikrozensus können Ergebnisse auch individuell zusammengestellt werden.

Im Folgenden werden Resultate des Mikrozensus 1999 denen des Jahres 1998 gegenübergestellt. Dabei sollten kleinere Unterschiede im Vorjahresvergleich nicht überinterpretiert werden. Der Mikrozensus kann als 1%-Stichprobe die auf die Gesamtbevölkerung hochgerechneten Ergebnisse stets nur mit einem gewissen Unschärfebereich angeben; das bedeutet, dass auch im Zeitablauf beobachtete Unterschiede durch Zufallsschwankungen beeinflusst sind.

Mehr Frauen erwerbstätig

Das kontinuierliche Bevölkerungswachstum der letzten Jahre hat sich auch 1999 – allerdings weiter abgeschwächt – fortgesetzt. Dabei standen dem Arbeitsmarkt auf der Angebotsseite fast 13 000 Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) mehr als 1998 zur Verfügung. Demgegenüber hat sich die Zahl der Nichterwerbspersonen, also der Personen, die nicht berufstätig sind und auch keine Erwerbstätigkeit suchen, um 6 000 verringert.

Die Zahl der Erwerbstätigen, die durch den Mikrozensus an ihrem Wohnort ermittelt werden, ist 1999 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 26 000 gewachsen. Diese Entwicklung wird allein durch die weibliche Bevölkerung getragen, die Zahl der erwerbstätigen

Männer ist im Vergleichszeitraum praktisch unverändert geblieben. Dennoch hat sich die Zahl der männlichen Erwerbslosen fast doppelt so stark verringert wie die der weiblichen.

Eine Untergliederung nach Wirtschaftsunterbereichen lässt Zunahmen insbesondere im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung) erkennen. Aber auch in der öffentlichen Verwaltung konnten die Frauen zulegen, während im verarbeitenden Gewerbe ein Anstieg für beide Geschlechter zu verzeichnen war.

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse mit einer Arbeitszeit von weniger als 15 Stunden in der Woche und einem Verdienst von nicht mehr als 630 DM im Monat erlangten wachsende Bedeutung. In der Berichtswoche des Mikrozensus 1999 gaben hochgerechnet 121 500 Personen an, ein derartiges Arbeitsverhältnis als einzige Erwerbstätigkeit auszuüben. Das waren 19 300 mehr als ein Jahr zuvor. Dabei waren die Frauen (101 200) deutlich überrepräsentiert. In wirtschaftsfachlicher Untergliederung zeigen sich die Schwerpunkte

Beteiligung am Erwerbsleben 1998 und 1999

Beteiligung am Erwerbsleben	Männer		Frauen	
	1998	1999	1998	1999
1 000				
Erwerbstätige	1 023,7	1 023,4	724,8	751,3
Erwerbslose	86,0	77,2	60,5	56,0
Erwerbspersonen	1 109,7	1 100,6	785,3	807,3
Nichterwerbspersonen	858,3	871,3	1 264,1	1 245,1
Bevölkerung	1 968,0	1 971,9	2 049,4	2 052,4
Anteil an der Bevölkerung (%)				
Erwerbstätige	52,0	51,9	35,4	36,6
Erwerbslose	4,4	3,9	3,0	2,7
Erwerbspersonen	56,4	55,8	38,3	39,3
Nichterwerbspersonen	43,6	44,2	61,7	60,7

Erwerbstätige 1998 und 1999 nach Wirtschaftsunterbereichen

Wirtschaftsunterbereich	1998			1999			Veränderung 1999 zu 1998		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
1 000									
Land- und Forstwirtschaft	50,9	32,7	18,2	53,4	34,6	18,8	2,5	1,9	0,6
Energie- und Wasserversorgung	14,0	11,8	/	14,4	11,5	/	0,4	-0,3	/
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	457,6	341,2	116,3	465,8	346,0	119,9	8,2	4,8	3,6
Baugewerbe	146,9	127,6	19,3	147,4	130,1	17,2	0,5	2,5	-2,1
Handel und Gastgewerbe	312,4	143,6	168,7	306,7	135,1	171,5	-5,7	-8,5	2,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	88,0	61,9	26,1	88,9	62,3	26,5	0,9	0,4	0,4
Kredit- und Versicherungs- gewerbe	61,5	32,2	29,3	60,7	31,7	29,0	-0,8	-0,5	-0,3
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	102,1	51,3	50,8	105,2	52,4	52,8	3,1	1,1	2,0
Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	345,1	110,3	234,8	361,8	113,0	248,8	16,7	2,7	14,0
Öffentliche Verwaltung u. Ä.	170,2	111,0	59,1	170,3	106,6	63,7	0,1	-4,4	4,6
Insgesamt	1 748,6	1 023,7	724,8	1 774,6	1 023,4	751,3	26,0	-0,3	26,5

Familien 1998 und 1999 nach Familientypen

Familientyp	1998		1999	
	1 000	%	1 000	%
Ehepaare	993,8	88,2	997,8	88,0
ohne Kinder ¹⁾	467,5	41,5	469,0	41,4
mit Kindern ¹⁾	526,2	46,7	528,8	46,6
Alleinerziehende ²⁾	133,2	11,8	136,0	12,0
Frauen ²⁾	106,1	9,4	110,7	9,8
Männer ²⁾	27,1	2,4	25,3	2,2
Familien insgesamt	1 126,9	100	1 133,8	100

1) Kinder sind im Haushalt lebende ledige Kinder; diese können auch volljährig sein. – 2) Einschließlich der Alleinerziehenden, die Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft sind. Als Alleinerziehende zählen auch Väter und Mütter mit volljährigen Kindern.

bei den öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie beim Handel und Gastgewerbe mit 36 800 bzw. 34 900 ausschließlich geringfügig Beschäftigten.

Zahl der Haushalte konstant

Während im langfristigen Vergleich eine deutliche Zunahme der Single-Haushalte zu verzeichnen ist, haben sich im Vergleich zum Vorjahr Zahl und Struktur der Haushalte kaum verändert. Im April 1999 wurden bei noch leicht steigender Bevölkerungszahl 2 200 Haushalte mehr als ein Jahr zuvor registriert.

In nahezu jedem Dritten der 1 804 900 Haushalte lebte nur eine Person. Haushalte mit zwei Personen stellten mit etwas mehr als einem Drittel den am häufigsten anzutreffenden Haushaltstyp. Mit weniger als 5% ist der Anteil der Haushalte mit fünf oder mehr Personen am geringsten, gegenüber 1998 hat deren Zahl jedoch um mehr als 3 000 zugenommen.

Privathaushalte und Bevölkerung in Privathaushalten 1998 und 1999 nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	1998		1999	
	1 000	%	1 000	%
Privathaushalte				
Ein-Personen-Haushalte	588,3	32,6	588,5	32,6
Mehr-Personen-Haushalte	1 214,4	67,4	1 216,4	67,4
davon mit . . . Personen				
2	605,7	33,6	605,6	33,6
3	294,6	16,3	297,3	16,5
4	231,2	12,8	227,2	12,6
5 und mehr	82,9	4,6	86,3	4,8
Insgesamt	1 802,7	100	1 804,9	100
Bevölkerung in Privathaushalten				
Ein-Personen-Haushalte	588,3	14,5	588,5	14,5
Mehr-Personen-Haushalte	3 462,7	85,5	3 469,6	85,5
davon mit . . . Personen				
2	1 211,4	29,9	1 211,1	29,8
3	883,8	21,8	892,0	22,0
4	924,8	22,8	908,6	22,4
5 und mehr	442,9	10,9	457,8	11,3
Insgesamt	4 051,2	100	4 058,1	100

Bevölkerung 1998 und 1999 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt

Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts	1998		1999	
	1 000	%	1 000	%
Erwerbstätigkeit	1 602,4	39,9	1 621,0	40,3
Arbeitslosengeld/-hilfe	94,4	2,3	92,1	2,3
Rente, Pension	803,2	20,0	835,4	20,8
Sozialhilfe	91,6	2,3	89,3	2,2
Unterhalt durch Angehörige	1 357,5	33,8	1 325,2	32,9
Sonstige Unterstützung	32,6	0,8	33,8	0,8
Eigenes Vermögen	16,4	0,4	14,2	0,4
Leistungen aus einer Pflegeversicherung	19,3	0,5	13,2	0,3
Insgesamt	4 017,4	100	4 024,3	100

Wandel der Familienstrukturen

Langfristig gesehen sind deutliche Veränderungen der Familienstrukturen zu verzeichnen; so hat die Zahl der Alleinerziehenden und der Ehepaare ohne Kinder stark zugenommen. Demgegenüber fallen die Veränderungen im unmittelbaren Vorjahresvergleich nur gering aus.

Im April 1999 verzeichnete der Mikrozensus insgesamt 1 133 800 Familien, davon waren 997 800 Ehepaare und 136 000 Alleinerziehende. Bei gut der Hälfte (53%) der Ehepaare lebten auch ledige Kinder im Haushalt. Alleinerziehende, deren Zahl in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat, stellten mit ihren Kindern 12% aller Familien.

Die Entwicklung der Zahl der Familien mit Kindern nach der Zahl der Kinder zeigt langfristig gesehen einen eindeutigen Trend zur kleineren Familie. Von den Familien mit Kindern stellen die Ein-Kind-Familien den größten Anteil; im April 1999 registrierte der Mikrozensus 345 700 solcher Familien. Hingegen lebten in 239 200 Familien zwei Kinder, Familien mit drei Kindern gab es 62 900 und solche mit vier und mehr Kindern 16 900.

Überwiegender Lebensunterhalt hauptsächlich aus Erwerbstätigkeit

Die bedeutendste Quelle des Lebensunterhalts ist für die meisten Menschen die Erwerbstätigkeit. Im April 1999 gaben 40,3% der Befragten an, den überwiegenden Lebensunterhalt aus der Erwerbstätigkeit zu beziehen; das sind geringfügig mehr als 1998.

Eine infolge der Altersstrukturveränderungen der Bevölkerung wachsende Bedeutung für den Lebensunterhalt haben Renten und Pensionen. 1999 bezogen 20,8% der Bevölkerung ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus dieser Quelle. Etwa ein Drittel der Bevölkerung lebt in erster Linie vom Unterhalt durch Angehörige, überwiegend sind dies Frauen.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

Statistisches Taschenbuch 2000: Umfassendes Datenmaterial über Rheinland-Pfalz

Die aktualisierte Ausgabe des Statistischen Taschenbuchs liegt vor. Diese Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes bietet einen Ausschnitt aus dem Informationsangebot der amtlichen Statistik – ergänzt um externe Quellen. In 23 thematischen Kapiteln wird ein umfassender Überblick über das Land gegeben.

Jedem Kapitel sind Hinweise zu Fundstellen, insbesondere zu den jeweiligen statistischen Berichten vorangestellt, die den Zugang zu weiteren detaillierten Informationen eröffnen. Ein umfassendes Sachregister erleichtert die Suche.

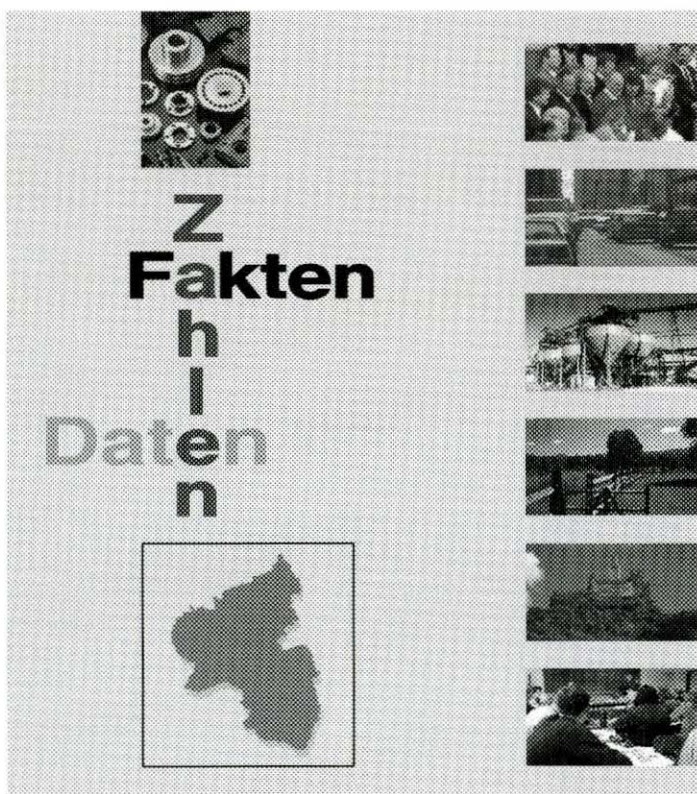
Auf rund 290 Seiten finden Wissensbegierige eine Vielzahl statistischer Ergebnisse, z. B. zum Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz, über seine Bevölkerung, das Gesundheitswesen, die schulische und berufliche Bildung, die Rechtspflege und zu vielen anderen Fragen des sozialen Lebens in Rheinland-Pfalz. Aus diesen Ergebnissen lässt sich u. a. Folgendes ablesen:

- 46 Gemeinden in Rheinland-Pfalz haben 10 000 und mehr Einwohner und 363 Gemeinden weniger als 200.
- Bis zum Jahr 2012 wird der Anteil der über 65-Jährigen auf fast 20% gestiegen sein.
- Gut 20% der Familien mit Kindern zählen zu den Alleinerziehenden, in diesen „Kleinfamilien“ leben 17% der Kinder.
- In Rheinland-Pfalz stehen 184 Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mit rund 36 500 Betten zur Verfügung.
- An allgemein bildenden Schulen des Landes wurden 1998/99 insgesamt gut 481 000 Schülerinnen und Schüler, davon 7,2% Ausländer, unterrichtet.
- 43% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind Frauen und 42% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind im produzierenden Gewerbe tätig.
- 372 landwirtschaftliche Betriebe betreiben ökologischen Landbau.
- Der Auslandsumsatz im verarbeitenden Gewerbe macht 41% des gesamten Umsatzes aus.

- Über 94 000 Menschen empfangen Wohngeld.
- Der Kreis Mainz-Bingen weist mit rund 145 000 Kraftfahrzeugen den höchsten Fahrzeugbestand auf.
- Der Pfälzer Wald umfasst gut 179 000 ha und damit mehr Fläche als der größte Landkreis Bitburg-Prüm.

Das Statistische Taschenbuch (DIN A5, gebunden) kann zum Preis von 18 DM zuzüglich Versandkosten beim Statistischen Landesamt bestellt oder über den Buchhandel bezogen werden.

Statistisches Taschenbuch Rheinland-Pfalz 2000



Statistisches Landesamt

Statistisches Landesamt · Vertrieb der Veröffentlichungen · 56128 Bad Ems
Telefon (0 26 03) 71 - 2 45, Telefax (0 26 03) 71 - 3 15, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 020	...	4 025	4 024	4 026
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 814	1 887	830	1 255	1 479	581 ^p	1 213 ^p	1 180 ^p	1 266 ^p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,4	5,6	2,7	3,7	4,5	1,7 ^p	3,8 ^p	3,4 ^p	3,8 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 303	3 183	3 002	3 081	2 938
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,5	9,7	9,0	8,9
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 559	3 544	4 090	4 096	3 361
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,6	13,2	12,0	10,2
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	14	15	12	11	9
je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,3	4,6	4,2	3,4	2,9
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (–)	Anzahl	– 256	– 361	– 1 088	– 1 015	– 423
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	– 0,8	– 1,1	– 3,5	– 3,0	– 1,3
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 967	9 284	7 278	8 473	8 688
Fortgezogene	Anzahl	8 116	8 439	6 474	7 702	6 865
Wanderungssaldo	Anzahl	851	845	804	771	1 823
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 867	13 678	10 955	12 955	12 685
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	156 654	149 361	164 501	156 582	150 906	156 049	154 142	147 738	141 334
Männer	Anzahl	88 177	82 051	94 663	88 342	83 838	87 397	86 511	81 863	77 262
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 021	7 733	11 009	9 500	7 989	9 186	9 006	8 195	7 084
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 932	44 070	50 293	47 794	45 577	45 456	45 369	43 178	40 729
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,8	8,2	9,2	8,7	8,4	8,5	8,4	8,1	7,3
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,7	9,1	10,2	9,7	9,3	9,5	9,4	9,0	8,1
Offene Stellen	Anzahl	27 279	29 696	29 566	31 997	33 347	27 899	30 705	33 508	35 600
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	799	961	889	1 172	1 059	719	915	899	967
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 719	6 206	5 460	5 885	6 007	5 866	5 877	6 209	6 399
Kurzarbeiter	Anzahl	4 316	4 887	6 472	7 387	5 126	3 831	4 746	4 018	3 409
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾										
	t	12 389	12 637	11 353	13 913	12 279	12 303	12 056	12 356	11 564
Rinder	t	3 196	3 207	2 830	3 778	3 224	3 026	3 240	3 513	2 944
Kälber	t	28	29	21	46	25	21	21	23	46
Schweine	t	9 045	9 276	8 427	9 856	8 932	9 163	8 716	8 632	8 420
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 394	63 124	56 513	62 831	64 959	63 286	60 035	63 557	64 091
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3000 Haltungsplätzen	1 000	15 581	14 290	13 803	15 146	14 464	14 199	12 978	14 309	13 836
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 276	2 275	2 259	2 258	2 255	2 315	2 311	2 311	2 316
Beschäftigte	1000	312	308	309	309	306	302	302	302	302
Arbeiter ¹⁰⁾	1000	200	197	198	198	196	192	192	192	193
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 611	26 090	24 937	28 112	26 424 ^f	25 327	26 313	27 162	24 695
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 711	1 698	1 536	1 609	1 635 ^f	1 595	1 565	1 598	1 641
Löhne	Mill. DM	913	903	811	863	881 ^f	835	821	846	865
Gehälter	Mill. DM	798	796	724	746	753	759	744	752	776
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 480	9 478	8 710	10 388	9 331 ^f	8 293	9 750	10 715	9 339
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 876	3 892	3 553	4 269	3 897 ^f	3 390	3 893	4 351	3 782
Exportquote ¹¹⁾	%	40,9	41,1	40,8	41,1	41,8 ^f	40,9	39,9	40,6	40,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	4 311	2 673	-	3 417	-	-	-	2 242	-
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{1) 2)}	Mill. kWh	9 686	10 093	-	10 604	-	-	-	11 037	-
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	65	67	-	79	-	-	-	75	-
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	33	35	-	42	-	-	-	43	-
schweres Heizöl	1 000 t	32	32	-	37	-	-	-	32	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 146	1 155	1 084	1 185	1 128 ^f	1 169	1 187	1 253	1 187
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	165	164	170	169	154 ^f	167	168	174	135
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	563,52	556,13	683,31	719,34	658,76	735,28
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	81,99	78,03	99,42	105,24	132,19	128,53
übrige Energieträger	Mill. kWh	481,53	478,09	583,90	614,10	526,58	606,75
Eigenverbrauch	Mill. kWh	23,90	23,66	25,87	27,58	22,37	29,24
Pumpstromverbrauch	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	539,63	532,47	657,44	691,76	636,40	706,04
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	80,78	76,85	97,89	103,69	130,83	126,67
Laufwasser	Mill. kWh	79,92	76,02	96,13	101,67	129,58	125,44
Speicherwasser	Mill. kWh	0,86	0,83	1,76	2,02	1,25	1,23
Windenergie	Mill. kWh	0,15	0,23	0,28	0,25	0,19	0,22
Solarenergie	Mill. kWh	0,03	0,04	0,02	0,03	0,05	0,03
Kernenergie	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Steinkohle	Mill. kWh	82,34	70,56	82,12	90,96	59,98	91,31
Erdgas	Mill. kWh	365,99	372,88	465,82	481,03	433,71	475,21
Heizöl	Mill. kWh	0,61	0,24	0,46	0,15	0,06	0,76
Müll	Mill. kWh	8,83	11,09	10,26	14,76	10,84	11,42
Klärgas	Mill. kWh	0,84	0,51	0,56	0,83	0,68	0,41
Diesel, Raffineriegas	Mill. kWh	0,06	0,07	0,03	0,07	0,07	0,02
Stromeinspeisung ³⁾	Mill. kWh	23,80	29,82	31,11	32,07	26,97	36,36
Saldo des Stromausbaus über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 573,80	1 596,98	1 507,25	1 577,77	1 378,04	1 755,31
Stromverbrauch an dem öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 137,23	2 159,28	2 195,80	2 301,60	2 041,41	2 497,72
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,49	0,34	1,73	0,17	0,18	3,76	0,00	0,00	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 625,12	5 887,86	7 605,33	7 099,69	5 723,96	8 398,36	7 548,46	6 900,36	...
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	5 616,92	5 851,27	7 721,90	7 086,56	5 643,87	8 389,15	7 407,76	6 826,73	...
Handwerk ⁶⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	96	-	97	-	-	-	94	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	100	104	-	89	-	-	-	94	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	48 170	47 826	45 948	47 417	47 560	46 702	46 324	46 533	46 137
Facharbeiter	Anzahl	24 837	25 018	23 403	24 452	24 709	24 434	24 341	24 475	24 208
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 962	8 631	8 291	8 704	8 745	8 144	8 034	8 229	8 294
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 887	4 841	3 137	5 083	5 197	3 521	4 230	4 699	4 561
Hochbau insgesamt	1 000	3 163	3 063	2 173	3 265	3 286	2 305	2 653	2 910	2 753
Wohnungsbau	1 000	2 188	2 046	1 438	2 152	2 240	1 524	1 726	1 900	1 850
gewerblicher Hochbau	1 000	741	768	579	878	794	583	681	759	691
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	701	733	564	851	759	571	659	734	669
Bahn und Post	1 000	27	19	14	9	17	6	10	10	7
landwirtschaftlicher Bau	1 000	14	17	1	18	18	6	12	15	15
öffentlicher Hochbau	1 000	234	249	156	235	252	198	246	251	212
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	49	64	38	60	49	48	52	54	52
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	185	185	118	175	203	150	194	197	160
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 778	964	1 818	1 911	1 216	1 577	1 789	1 808
gewerblicher Tiefbau	1 000	467	468	320	522	499	381	507	573	540
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	372	340	249	437	359	232	318	349	362
Bahn und Post	1 000	95	128	71	85	140	149	189	224	178
öffentlicher Tiefbau	1 000	589	600	305	610	632	390	514	563	552
Straßenbau	1 000	669	710	339	686	780	445	556	653	716
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	200	155	184	210	177	174	191	197
Löhne	Mill. DM	151	153	111	139	162	131	130	146	151
Gehälter	Mill. DM	46	47	44	45	48	45	44	45	46
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	708	716	414	618	669	572	509	645	663

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Von Industriekraftwerken, Anlagen mit erneuerbaren Energien, BHKW und Sonstige. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Messdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 048	1 113	987	1 439	1 301	1 079	1 104	1 124	982
mit 1 Wohnung	Anzahl	762	842	769	1 072	1 002	833	857	888	764
mit 2 Wohnungen	Anzahl	197	191	147	258	221	174	181	175	169
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	89	80	71	109	78	72	66	61	49
Umbauter Raum	1000 m³	1 135	1 171	1 090	1 520	1 394	1 127	1 141	1 167	978
Wohnfläche	1000 m²	199	208	188	269	244	196	205	205	174
Wohnräume	Anzahl	8 835	9 134	8 234	12 438	10 543	8 592	8 973	8 956	7 823
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	487	508	474	658	591	490	530	513	431
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	4	7	3	3	2	8	1
Unternehmen	Anzahl	159	193	297	224	226	179	200	163	178
Private Haushalte	Anzahl	885	916	686	1 208	1 072	897	901	949	803
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	200	217	130	275	228	189	155	191	171
Umbauter Raum	1000 m³	919	1 084	682	1 172	1 235	1 151	721	740	846
Nutzfläche	1000 m²	157	176	114	189	195	181	111	115	139
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	190	222	130	280	240	256	153	114	257
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	14	13	28	17	11	17	10	10
Unternehmen	Anzahl	170	185	111	237	196	165	126	168	146
Private Haushalte	Anzahl	9	9	6	10	15	4	9	7	7
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 964	1 993	1 777	2 550	2 196	1 837	1 921	1 768	1 774
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 571	3 560	3 241	4 153	3 560	3 301	3 645
EU-Länder	Mill. DM	2 019	2 052	1 920	2 397	2 074	1 936	2 082
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	246	241	226	291	241	207	244
Dänemark	Mill. DM	58	55	55	68	65	57	48
Finnland	Mill. DM	29	25	25	31	26	22	24
Frankreich	Mill. DM	483	503	466	660	515	469	537
Griechenland	Mill. DM	27	27	24	30	32	29	29
Großbritannien	Mill. DM	293	299	281	324	266	272	284
Irland	Mill. DM	16	18	15	28	18	15	12
Italien	Mill. DM	248	281	267	325	290	273	306
Niederlande	Mill. DM	221	196	187	202	190	184	183
Österreich	Mill. DM	156	137	129	154	147	135	145
Schweden	Mill. DM	57	63	56	62	64	59	49
Spanien	Mill. DM	156	173	157	190	188	185	179
Portugal	Mill. DM	28	33	32	32	31	29	42
USA und Kanada	Mill. DM	277	292	297	339	310	299	341
Japan	Mill. DM	72	76	84	65	64	63	82
Entwicklungsländer	Mill. DM	482	448	358	527	437	408	467
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	361	342	306	420	358	277	312
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 650	2 428	2 362	2 690	2 420	2 683	2 238
EU-Länder	Mill. DM	1 686	1 471	1 491	1 718	1 469	1 721	1 282
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	325	237	288	315	324	250	198
Dänemark	Mill. DM	48	49	19	42	51	44	52
Finnland	Mill. DM	12	12	10	11	16	19	17
Frankreich	Mill. DM	390	367	416	417	339	345	273
Griechenland	Mill. DM	3	4	7	1	2	2	2
Großbritannien	Mill. DM	128	107	97	121	128	107	84
Irland	Mill. DM	21	15	12	15	7	22	13
Italien	Mill. DM	193	177	185	205	173	170	142
Niederlande	Mill. DM	289	264	222	248	171	451	289
Österreich	Mill. DM	96	78	105	91	88	70	59
Schweden	Mill. DM	48	34	15	58	36	73	20
Spanien	Mill. DM	106	103	88	166	101	142	107
Portugal	Mill. DM	27	23	27	27	31	25	26
USA und Kanada	Mill. DM	200	188	176	205	212	185	190
Japan	Mill. DM	88	76	74	89	84	86	70
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	169	154	161	162	196	172
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	224	261	220	259	252	251	260

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	91,5	92,7	92,4	92,7	89,8	89,0	90,5	91,3
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	105,9	101,0	104,7	104,2	103,3	97,2	95,9	98,0	99,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,6	97,3	80,9	91,1	105,7	83,8	87,9	102,5	99,8
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,8	96,7	97,2	97,8	94,5	97,0	97,3	97,7	...
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	104,7	108,3	90,0	116,9	103,6	92,6	107,0	123,3	...
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	93,5	86,6	85,0	86,3	87,9	80,4	83,5	82,0	86,8
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	101,3	88,8	92,2	93,5	95,2	78,0	83,5	81,2	87,4
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,7	99,3	80,5	81,0	88,3	78,7	82,2	90,1	97,2
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	536	570	304	400	536	281	335	422	532
Ausländer	1000	107	113	67	67	101	53	67	83	106
Übernachtungen	1000	1 671	1 753	942	1 161	1 526	863	950	1 223	1 632
Ausländer	1000	314	333	210	168	252	147	188	233	283
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1000 t	1 343	1 285 ^r	1 004 ^r	1 527 ^r	1 297 ^r	1 176 ^r	1 264 ^r	1 323 ^r	...
Güterversand	1000 t	703	721 ^r	495 ^r	753 ^r	735 ^r	705 ^r	855 ^r	954 ^r	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 350	19 005	13 353	24 521	...	13 846	18 136	26 422	19 618
Krafträder	Anzahl	1 339	1 271	646	3 296	...	397	976	2 639	2 240
Personenkraftwagen										
und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 728	16 370	11 701	19 404	...	12 357	15 970	22 121	14 918
Lastkraftwagen	Anzahl	903	954	702	1 091	...	821	806	1 113	981
Zugmaschinen	Anzahl	232	240	196	452	...	153	213	332	281
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 493	1 617	1 132	1 432	1 471	1 231	1 344	1 375	1 516 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 110	8 701	8 100	8 243	8 184	7 568	8 712	8 746	8 281 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 016	2 178	1 602	1 938	1 928	1 687	1 792	1 859	2 049 ^p
Getötete	Anzahl	32	32	21	16	22	21	30	32	42 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	19	20	15	11	12	14	21	21	23 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	1	1	5	1	1	2	14 ^p
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	2	1	1	1	3	1 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	3	3	1	2	4	4	5	2 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	467	496	346	418	436	330	376	403	433 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	258	263	242	252	211	235	258	241	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	96	106	30	78	114	20	41	57	...
Radfahrer	Anzahl	47	55	19	36	47	12	22	33	...
Fußgänger	Anzahl	47	49	42	37	44	53	42	52	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	117	94	53	122	85	145	103	143	...
Angemeldete Forderungen	1000 DM	101 682	67 332	42 112	142 275	77 710	69 764	40 986	137 854	...

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	197 490	·
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	25 747	·
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	18 835	·
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	152 908	·
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	186 798	·
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	167 180	·
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	19 618	·
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	10 692	·
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	144 140	·
Sichteinlagen	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	30 989	·
Termineinlagen	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	40 237	·
Sparbriefe	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	10 558	·
Spareinlagen	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	62 356	·
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	138 887	·
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	134 363	·
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	4 524	·
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	·	·	·	·	5 253	·
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 642	3 955	3 963	3 367	3 211	3 903	4 263	3 807	3 488
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 439	1 621	1 714	1 372	852	1 263	1 669	1 410	845
Lohnsteuer	Mill. DM	1 133	1 195	1 498	830	879	1 171	1 622	854	873
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	188	157	676	–	–	–	745	–	–
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	23	62	– 109	83	– 115	– 176	– 101	51	– 135
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	117	84	35	9	31	215	18	13	47
Zinsabschlag	Mill. DM	46	45	91	9	18	126	80	15	17
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	22	20	74	–	–	–	58	–	–
Körperschaftsteuer	Mill. DM	120	234	199	441	40	– 73	51	478	43
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	8	31	121	–	–	–	3	–	–
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 203	2 334	2 249	1 996	2 359	2 640	2 594	2 397	2 643
Umsatzsteuer	Mill. DM	707	760	877	556	673	833	967	538	673
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 496	1 573	1 372	1 440	1 686	1 807	1 627	1 859	1 970
Zölle	Mill. DM	200	185	174	173	196	187	190	192	217
Bundessteuern	Mill. DM	230	238	98	284	186	65	102	354	214
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	152	155	26	186	118	– 11	31	243	162
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	66	71	42	88	57	65	44	94	40
Landessteuern	Mill. DM	128	139	155	145	134	147	133	153	114
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	4	6	3	6	7	6	4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68	61	58	71	72	71	56	70	64
Biersteuer	Mill. DM	7	7	6	6	7	7	5	6	6

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar. – 3) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	787	783	·	737	·	·	·	806	·
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	·	10	·	·	·	9	·
Grundsteuer B	Mill. DM	161	167	·	152	·	·	·	163	·
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	532	521	·	505	·	·	·	576	·
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	66	71	·	55	·	·	·	45	·
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 974	2 165	2 005	1 933	1 799	1 969	2 152	2 226	1 966
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	630	713	747	617	368	549	716	636	366
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 103	1 205	1 158	1 032	1 220	1 355	1 328	1 235	1 360
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 113	1 186	1 239	922	883	1 148	1 266	985	875
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	565	620	661	530	277	533	619	544	272
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	387	399	417	246	387	467	489	288	401
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 180	1 229	·	984	·	·	·	997	·
Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. DM	406	405	·	431	·	·	·	505	·
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	471	503	·	290	·	·	·	242	·
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	48	58	·	30	·	·	·	20	·
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,1	104,8	104,1	104,3	104,6	105,7	106,1	106,3	106,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	102,9	102,8	103,1	101,1	101,6	101,1	101,5
Löhne und Gehälter ⁴⁾										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 491	4 586	·	·	4 565	4 503	·	·	...
Arbeiter	DM	4 641	4 731	·	·	4 709	4 631	·	·	...
Arbeiterinnen	DM	3 336	3 422	·	·	3 410	3 454	·	·	...
Bruttostundenverdienste	DM	26,96	27,58	·	·	27,55	27,80	·	·	...
Arbeiter	DM	27,76	28,36	·	·	28,33	28,59	·	·	...
Facharbeiter	DM	29,58	30,33	·	·	30,25	30,51	·	·	...
Angelernte Arbeiter	DM	26,60	27,10	·	·	27,13	27,41	·	·	...
Hilfsarbeiter	DM	22,85	23,04	·	·	23,17	23,35	·	·	...
Arbeiterinnen	DM	20,65	21,17	·	·	21,16	21,30	·	·	...
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,76	20,09	·	·	20,08	20,11	·	·	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,3	38,2	·	·	38,1	37,3	·	·	...
Arbeiter	Std.	38,4	38,3	·	·	38,3	37,3	·	·	...
Arbeiterinnen	Std.	37,1	37,2	·	·	37,0	37,3	·	·	...
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 349	6 491	·	·	6 473	6 543	·	·	...
Kaufmännische Angestellte	DM	5 857	5 975	·	·	5 952	6 009	·	·	...
Männer	DM	6 763	6 884	·	·	6 859	6 934	·	·	...
Frauen	DM	4 807	4 916	·	·	4 889	4 937	·	·	...
Technische Angestellte	DM	6 722	6 892	·	·	6 875	6 967	·	·	...
Männer	DM	6 886	7 055	·	·	7 039	7 139	·	·	...
Frauen	DM	5 183	5 390	·	·	5 333	5 397	·	·	...
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 586	4 706	·	·	4 689	4 767	·	·	...
Kaufmännische Angestellte	DM	4 562	4 690	·	·	4 674	4 751	·	·	...
Männer	DM	5 212	5 308	·	·	5 344	5 328	·	·	...
Frauen	DM	3 934	4 082	·	·	4 032	4 158	·	·	...

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999					2000		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	82 029	...	82 034	82 024	82 015	82 157
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	35 841 ^p	12 361 ^p	15 621 ^p	23 224 ^p	42 249 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	63 914 ^p	60 907 ^p	59 165 ^p	65 880 ^p	61 085 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	70 343 ^p	76 486 ^p	77 343 ^p	86 475 ^p	72 524 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 5 612	- 6 428 ^p	- 15 579 ^p	- 18 178 ^p	- 20 595 ^p	- 11 439 ^p
Arbeitslose	1000	4 279	4 099	4 455	4 465	4 288	4 047	4 293	4 277	4 141
Männer	1000	2 273	2 160	2 441	2 466	2 327	2 134	2 330	2 338	2 245
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,1	10,5	11,5	11,6	11,1	10,3	11,0	10,9	10,6
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,3	11,7	12,8	12,8	12,3	11,5	12,2	12,2	11,8
Offene Stellen	1000	422	456	395	451	496	402	438	498	536
Kurzarbeiter	1000	118	119	145	161	167	85	101	121	126
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1000	6 405	6 368	6 369	6 366	6 371	6 350	6 322	6 322	6 331
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	537	527	504	509	576	498	508	536	568
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	189 235	194 982	161 735	172 277	213 477	209 578	179 217	199 463	226 752
Auslandsumsatz	Mill. DM	62 764	66 608	53 704	59 482	73 603	73 259	63 610	72 074	82 794
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	109,3	111,4	95,4	101,4	120,6	113,2	101,5	113,8	...
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	109,5	112,5	99,7	102,2	121,1	107,7	105,4	114,9	...
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	113,9	114,2	88,9	100,9	123,1	131,5	97,4	115,1	...
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	113,4	96,2	110,8	129,1	104,7	106,6	130,8	...
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	102,6	94,7	94,3	110,1	101,8	94,5	98,9	...
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 084	...	45 928	42 576	44 513
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 403	32 097	35 422	32 498	35 848	37 715
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1000	1 156	1 110	1 062	1 034	1 088	1 095	1 028	1 006	1 020
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	116	113	81	72	117	90	74	88	102
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 741	16 915	10 214	10 248	14 052	20 420	10 365	11 535	14 127
Baugenehmigungen ⁸⁾										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 364	19 459	14 848	14 675	19 646	18 829	16 481	15 481	19 190
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 594	17 977	11 627	13 453	18 101	17 193	15 305	14 515	17 845
Wohnfläche	1000 m ²	3 521	3 403	2 762	2 615	3 456	3 410	2 834	2 590	3 314
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 622	3 442	2 580	2 873	3 525	3 040	2 494	2 657	3 414
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	39 809	36 465	31 749	28 652	37 567	37 343	29 050	26 225	33 703
Handel und Gastgewerbe ⁹⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ¹⁰⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	104,0	91,1	88,5	114,3	125,4	90,3	94,1	109,1
Großhandel										
Umsatz ¹⁰⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	102,8	88,2	87,6	114,4	111,8	91,4	103,0	120,5
Gastgewerbe										
Umsatz ¹⁰⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	95,1	96,0	81,4	79,5	89,8	94,1	80,7	82,3	90,8

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Januar und Februar 2000 ohne Hessen und Hamburg, März 2000 ohne Hamburg. – 9) Vorläufige Ergebnisse. – 10) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999					2000		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	79 597	82 005	69 045	75 443	84 109	85 092	82 232	90 841	101 971
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	44 983	46 630	41 378	44 784	46 492	45 447	49 552	53 033	58 269
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 524	4 578	3 909	4 507	4 766	4 530	4 847	5 053	6 069
Frankreich	Mill. DM	8 825	9 411	8 693	9 548	8 996	9 427	10 096	10 667	11 054
Großbritannien	Mill. DM	6 780	6 940	5 978	6 613	7 342	6 521	6 952	8 314	8 507
Italien	Mill. DM	5 878	6 112	5 457	5 966	6 248	5 928	6 416	7 173	7 733
Niederlande	Mill. DM	5 576	5 372	4 737	5 230	5 276	5 444	5 802	5 927	6 985
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	69 017	71 090	60 342	64 203	72 533	77 210	77 038	77 843	91 155
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 670	37 931	32 679	34 384	38 204	40 003	40 915	40 671	47 684
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 870	3 736	2 771	3 206	3 696	4 304	3 948	4 298	4 548
Frankreich	Mill. DM	7 410	7 474	6 997	6 687	8 107	7 366	7 466	6 768	9 452
Großbritannien	Mill. DM	4 724	4 953	3 644	4 042	4 402	5 534	5 321	5 715	6 988
Italien	Mill. DM	5 376	5 278	4 722	4 912	5 435	5 655	5 549	5 196	6 325
Niederlande	Mill. DM	5 785	5 742	5 084	4 949	5 372	5 991	7 227	6 765	7 757
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	50 061	53 301	51 873	41 083	52 478	96 702	53 595	45 448	52 838
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 353	30 056	29 317	16 606	33 746	70 427	29 366	19 179	33 645
Lohnsteuer	Mill. DM	21 523	21 809	22 325	17 637	18 401	40 938	22 673	18 747	18 553
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	926	1 774	- 371	- 2 688	2 740	14 442	- 806	- 1 713	2 205
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 851	22 354	22 543	24 337	18 733	23 648	24 208	26 130	19 132
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 974	18 189	19 131	21 124	14 563	18 423	19 678	21 453	13 958
Zölle	Mill. DM	540	519	469	401	550	591	493	507	530
Bundessteuern	Mill. DM	10 876	11 773	3 563	8 806	11 832	27 673	3 643	10 517	12 655
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 163	1 160	774	4 511	1 060	607	742	4 918	844
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 996	8 774	1 061	3 213	8 476	23 090	1 174	4 351	9 362
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	103,6	102,8	101,0	101,0	101,8	105,1	106,7	108,2	109,6
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	87,1	82,7	83,5	84,2	84,7	84,8	83,7	86,4	88,5
Index der Erzeugerpreise gewerb- licher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,5	98,5	97,8	97,7	97,7	99,4	99,8	100,0	100,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,7	98,4	-	98,4	-	-	-	98,5	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,7	98,4	-	98,3	-	-	-	98,5	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,7	95,5	-	95,3	-	-	-	96,7	-
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,3	104,9	104,1	104,3	104,4	105,5	105,8	106,2	106,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie										
Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	103,0	103,0	102,9	100,2	101,0	101,6	101,1
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	104,7	106,0	105,5	105,5	105,5	107,4	107,4	107,4	107,4
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,5	101,8	101,7	101,6	101,8	102,1	101,9	101,7	102,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	106,0	107,4	106,1	106,1	106,4	108,3	108,8	109,2	109,5
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren										
Instandhaltung	1995 = 100	101,8	102,1	102,0	102,0	102,0	102,1	102,1	102,1	102,2
Gesundheitspflege	1995 = 100	114,4	110,6	110,6	110,4	110,4	110,8	110,4	110,6	110,6
Verkehr	1995 = 100	104,7	107,6	104,4	104,6	104,9	110,4	111,4	111,7	113,1
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,3	88,2	89,5	89,0	90,0	87,3	87,3	85,8	84,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,1	103,4	102,8	104,4	104,1	104,1	103,5	105,0	104,7
Bildungswesen	1995 = 100	112,9	117,5	116,4	117,2	117,3	118,5	118,8	119,0	119,1
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	1995 = 100	103,6	104,9	103,2	103,9	103,7	104,6	104,4	105,3	104,9
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,8	104,5	103,6	104,0	104,0	105,4	106,1	106,2	106,2

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Band 375 der Reihe „Statistik von Rheinland-Pfalz“ erschienen:

Der Umsatz und seine Besteuerung 1998

Wie alle Steuerstatistiken dient die Umsatzsteuerstatistik zunächst als Entscheidungshilfe für steuerpolitische Zwecke. Vor allem aber stellt sie Grunddaten für gesamtwirtschaftliche Analysen bereit; so ist sie eine der wichtigsten Materialquellen für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Mit ihren Angaben über die Umsätze in allen Bereichen der Volkswirtschaft liefert die Umsatzsteuerstatistik Informationen, die in dieser Vollständigkeit in keiner anderen Bundesstatistik enthalten sind. Hervorzuheben ist die Umsatzentwicklung in den gesamtwirtschaftlich immer wichtiger werdenden Dienstleistungszweigen.

Das Tabellenwerk mit vorangestellten Erläuterungen enthält Daten über Umsatzsteuerpflichtige, deren steuerbaren Umsatz und Umsatzsteuervorauszahlung nach Umsatzgrößenklassen, Rechtsformen und Besteuerung des Umsatzes in wirtschaftssystematischer Gliederung. Ausgewählte Daten sind in regionaler Untergliederung dargestellt.

Der Band 375 aus der Reihe „Statistik von Rheinland-Pfalz“ umfasst 82 Seiten und wird zu einem Preis von 11,20 DM zuzüglich Versandkosten angeboten.

Die Veröffentlichung kann beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems bestellt werden.

Telefon: (0 26 03) 71 - 2 45
Telefax: (0 26 03) 71 - 3 15
E-Mail: poststelle@statistik-rp.de

Über 40 000 genehmigte Neubauwohnungen noch in der Bauabwicklung

Zum 1. Januar 2000 gab es in Rheinland-Pfalz rund 40 200 genehmigte, aber noch nicht bezugsreife Wohnungen in neu zu errichtenden Gebäuden. Davon standen 43% bereits unter Dach, 20% waren noch nicht rohbaufertig und bei 38% war mit der Bauausführung noch nicht begonnen worden. Gegenüber Anfang 1999 war der Wohnbauüberhang damit geringfügig niedriger (- 3,1%).

Dem Wohnbauüberhang liegen rund 21 300 genehmigte Neubauanträge zugrunde. Sie stammen zu 54% aus dem Jahr 1999. Weitere 26% gehen auf das Jahr 1998 zurück, 20% der Baugenehmigungen waren noch älteren Datums. Bei den vor 1998 genehmigten Vorhaben handelt es sich überwiegend um größere Wohnungsbauten, deren Bauabwicklung sich erfahrungsgemäß über einen längeren Zeitraum erstreckt als die von Eigenheimen.

Erteilte Baugenehmigungen für 1 500 Wohnungen wurden im Berichtsjahr 1999 als erloschen gemeldet. Gemessen am gesamten Wohnungsüberhang im Neubausektor waren das nur knapp 4% an Wohnungen, die nicht mehr zur Bauausführung kommen werden. hes

Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz auf Rekordniveau

Zu Beginn dieses Jahres gab es in Rheinland-Pfalz rund 1,8 Mill. Wohnungen; das ist ein neuer Rekord. In den letzten zehn Jahren sind knapp 236 000 Wohnungen hinzugekommen. Seit 1958 hat sich die Zahl der Wohnungen verdoppelt. Unberücksichtigt sind bei diesen Berechnungen Wohnungen in Wohnheimen.

Die meisten Wohnungen in Rheinland-Pfalz verfügen über vier Räume (25%). Durch die hohe Zahl der Eigentümerwohnungen in Rheinland-Pfalz ist aber auch der Anteil der Großraumwohnungen mit sechs und sieben Räumen recht hoch (14,5 bzw. 16,3%). In den kreisfreien Städten – hier überwiegt der Geschosswohnungsbau – sind diese Werte deutlich niedriger (8,7 bzw. 8%) als in den Landkreisen (16,8 bzw. 19,5%).

Durch die rege Bautätigkeit in den letzten Jahren bewegt sich die Wohnungsversorgung auf hohem Niveau. Zu Jahresanfang standen 446 Wohnungen je 1 000 Einwohner zur Verfügung. Weit überdurchschnittlich war dieser Wert in den kreisfreien Städten Pirmasens (534), Kaiserslautern (524), Mainz (522), Koblenz (509) und Trier (503). hw

kurz + aktuell

Das Statistische Landesamt präsentiert sich auf dem Rheinland-Pfalz-Tag 2000 in Mainz

Das Statistische Landesamt wird sich auf dem Rheinland-Pfalz-Tag 2000, der vom 4. bis 6. August in Mainz stattfindet, an allen Veranstaltungstagen unter dem Motto „Land in Zahlen“ präsentieren.



Auf dem Stand in der Lobby des Mainzer Rathauses hat der Besucher Gelegenheit, den bürgerorientierten Informationsdienst des Amtes kennen zu lernen. Dort werden Publikationen der amtlichen Statistik vorgestellt und an allen Tagen stehen Mitarbeiter des Amtes zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Immer wieder beliebt ist der kostenlose Datenbankabruf „Mein Dorf - meine Stadt“ mit interessanten Daten über die einzelnen rheinland-pfälzischen Gemeinden.

Erstmals steht in diesem Jahr auch eine Glücksrad-Aktion mit Gewinnen wie z. B. einer Demo-CD „Statistik regional“ oder einem Statistischen Taschenbuch auf dem Programm. he

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Mai		Ver- ände- rung
	1999	2000	
		Mill. DM	
Landessteuern	757,9	687,8	- 9,2
Vermögensteuer	24,2	27,9	15,2
Erbschaftsteuer	175,4	103,5	- 41,0
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	89,1	75,4	- 15,4
Kraftfahrzeugsteuer	336,4	337,1	0,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	90,4	103,8	14,8
Feuerschutzsteuer	8,7	7,6	- 12,1
Biersteuer	33,8	32,5	- 3,7
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	3 096,4	2 874,4	- 7,2
Lohnsteuer	2 152,6	2 214,8	2,9
Veranlagte Einkommensteuer	- 177,1	- 197,6	X
Kapitalertragsteuer	330,9	298,3	- 9,9
Zinsabschlag	146,6	144,9	- 1,2
Körperschaftsteuer	643,4	414,1	- 35,6
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 908,5	2 049,9	7,4
Umsatzsteuer	1 471,1	1 518,5	3,2
Einfuhrumsatzsteuer	437,4	531,4	21,5
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	27,3	36,9	35,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	13,0	17,5	34,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	41,7	56,4	35,1
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	10,1	13,6	35,1
Insgesamt	5 855,0	5 736,5	- 2,0

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Mai 2000

Indexbezeichnung	1995=100	Veränderung zu Mai 1999 in %
Früheres Bundesgebiet¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	106,2	1,4
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	101,7	-1,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	107,6	1,8
Bekleidung, Schuhe	102,4	0,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	109,6	2,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,3	-0,1
Gesundheitspflege	110,2	0,2
Verkehr	111,8	5,2
Nachrichtenübermittlung	83,9	-5,0
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	102,5	0,6
Bildungswesen	117,8	1,0
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	105,5	0,7
Andere Waren und Dienstleistungen	106,4	2,0
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	106,0	1,3
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	105,7	1,2
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	106,7	1,2
Deutschland²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	106,3	1,4

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1. – 8. Jahrgang 1948–1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,– zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-245, Telefax (0 26 03) 71-315, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2000 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

